

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM.
 frei ins Haus, vorausschickend Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. **Vollbezug:**
 Monatlich, vom Postamt abgeholt
 1,50 RM, vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,64 RM. Unser Anzeigerband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.- RM, für das übrige Ausland
 5,50 RM monatlich, Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.- RM.
 Postbestellungen nehmen an: Fern-
 markt, Postamt, Bismarck, Schwaben
 und die Schweiz, Ringstr. 3, Berlin
 Post-Telegraphen-Verlag.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die kleinstmögliche Anzeigensatzung
 50 Wg. „kleine Anzeigen“, das
 ist gedruckt Wort 20 Wg. (zählige
 2 festgedruckte Worte) jedes weitere
 Wort 15 Wg. Stellenanzeigen und
 Stellenanzeigen das erste Wort
 20 Wg. jedes weitere Wort 10 Wg.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Zeitungsinhalt 30%
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 70 Wg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptverlag, Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgeordnet
 werden. Geschäfts von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 15. Oktober 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neuer Ansturm in Flandern.

Londoner Echo der deutschen Antwortnote.

Schärfste Waffenstillstandsbedingungen.
 London, 13. Oktober. Neuer erfährt: Das britische auswärtige Amt erhielt die deutsche Note heute früh durch den britischen Gesandten im Haag, Balfour und Donat Low haben London verlassen, um sich mit Lloyd George zu besprechen. Weiter erfährt Neuter, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge unwahrscheinlich sei, daß ein verantwortlicher Minister irgendeine ins einzelne gehende Erklärung über die Lage abgeben werde. Der nächste Schritt für den Präsidenten Wilson wird sein, sich mit den Alliierten zu einer allgemeinen Beratung über die deutsche Antwort zu verständigen. Beim ersten Anblick erscheint die deutsche Note als Annahme nicht nur der Punkte in Präsident Wilsons Erklärung vom Januar, sondern auch seiner späteren Erklärungen. Es könnte daher gesagt werden, es scheint, daß die Deutschen es mit der Annahme ernst meinen. Der Vorlaut der Note gebe keine endgültige Klarheit darüber, ob Wilsons Bedingungen vorbehaltlos angenommen oder lediglich als Grundlage für die Erörterung betrachtet werden. Klar sei, daß eine bloße unbestimmte Erklärung dieser Art nicht genügend ist. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, die militärischen Operationen einzustellen. Kein Waffenstillstand sei möglich außer unter den schärfsten Sicherungen dagegen, daß der Feind die Zwischenzeit nicht nur benutzen wolle, um später wieder anzufangen.

Der Inhalt dieser Neutermeldung wird in einer weiteren Nummer, von gestern abend, die den Knackpunkt entsprechenden Stellen erscheinen darin noch unterstrichen:

London, 14. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt gestern von autoritativer Quelle, daß keine Aussicht auf einen raschen Waffenstillstand bestehe und daß, wenn die Zeit gekommen sein werde, um einen Waffenstillstand zu gewähren, er nicht gewährt, aber auch nur in Ermüdung gezogen werden würde ohne gleichzeitige Garantien zu Wasser und zu Lande, daß Deutschland nicht nur bereit sei, das Schwert in die Scheide zu stecken, sondern auch völlig außerstande, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Obwohl in dem Augenblick keine amtliche Erklärung zu erwarten sei, so sei es doch diese beiden fundamentalen Punkte nicht nur die Ansicht der Engländer, sondern auch die der Alliierten wiederzugeben. Man glaubt, daß einige Zeit vergehen wird, ehe Wilson antworten wird, und daß Wilson die Alliierten zu Rate ziehen werde, ehe die Antwort in ihrer endgültigen Form gebracht wird. Bezüglich der Garantien gehe die Ansicht der hiesigen maßgebenden Kreise dahin, daß sie bereit sein müssen, daß kein Schatten eines Zweifels übrigbleibe.

Nach Neuter ginge also die Absicht der englischen Regierung auf eine Smaussögerung des Termins des Waffenstillstandes, und man hofft in London, daß Wilson an diesem Spiel teilnehmen werde. Daß die englischen Knackpunkte, sofern Wilson einen anderen Weg vorziehen sollte, das Rad mit Kraftaufwand in ihrem Gleise zu halten versuchen würden, ist für den Augenblick anzunehmen; aber die Bedeutung der Kriegsteilnahme Amerikas war für die Ententemächte so eigentümlich groß, daß daraus auf ein Machtwort geschlossen werden kann, daß wohl imstande sein dürfte, bei den jetzt von London aus gewünschten Verständigungsberatungen gegen etwa nicht genehme Verschleppungsversuche aufzukommen.

Ablehne von der Zerschmetterungsparole in Frankreich?

Bern, den 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Washingtoner Korrespondent des „Petit Parisien“ berichtet: Es widerspricht der Wahrheit, zu behaupten, daß die Note Wilsons in Washington nicht überraschte. Aber übertrieben sei es, mit Senator Lodge zu behaupten, daß sie überaus lebhaftes Mißvergnügen hervorgerufen habe. Es geschieht nicht zum erstenmal, daß der Präsident der allgemeinen Meinung entgegenhandelt, aber schließlich sich als derjenige erweist, der den Interessen des Landes und der Zivilisation am besten diene. Es wäre unrichtig, zu behaupten, daß der Präsident gegen den diplomatischen Verhandlungen das Tor geöffnet habe, denn tatsächlich war das Tor nie geschlossen. Es wäre verfehlt, die Note Wilsons jetzt zu interpretieren. Die Absichten, welche man Wilson allzuschonlich zuschreibe, würden gewöhnlich direkt durch Ereignisse widerlegt.

Die vorstehende Meldung des offiziellen Blattes scheint das Publikum vorbereiten zu wollen, daß die Regierung von der durch die Chauninikapresse festgehaltenen Zerschmetterungsparole abdrückt.

Bern, den 11. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“, verspätet eingetroffen.) Während der „Petit Parisien“ die Antwort Wilsons ein äußerst geschicktes Gegenmanöver nennt, bezieht die Chauninik- und Finanzpresse einen kaum verhöhlten Karger. „Temps“ und „Journal“ weisen darauf hin, daß der Waffenstillstand zur Kompetenz des

Feindliche Vorstöße bei Donai, nordöstlich Cambrai und nördlich der Duse - Glatte Durchführung der deutschen Bewegungen - Frontkämpfe in Serbien.

Berlin, 14. Oktober 1918, abends. Amtlich.
 In Flandern griff der Feind auf breiter Front zwischen Tissemunde und der Lys an. Wir fingen den Stoß ab. An der Duse und Aire und westlich der Maas sind Angriffe der Franzosen und Amerikaner gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Vorstöße des Gegners gegen die Fronten beiderseits von Donai wurden abgewiesen. Der Feind, der vorübergehend in Audignoy an der Duse einbrang, wurde im Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Nordöstlich von Cambrai sind härtere englische Angriffe zwischen Vouzain und Hadres gescheitert. Südlich von Soledun sind wir ein aus den letzten Kämpfen noch verbliebenes Engländerneht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Nördlich der Duse wurden erneute Angriffe der Franzosen bei und südlich von Aisoville abgewiesen. Nördlich von Lann und an der Lys liegen wir in unseren neuen Stellungen. Die ersten Angriffe der letzten Tage am Chemin des Dames und in den Stellungen an der Suippe, vor denen der Feind in fast täglich wiederholtem vergeblichen Aufbruch schwere Verluste erlitt, haben hier ebenso wie auf dem Schlachtfeld in der Champagne die glatte Durchführung der Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe Gallwitz.
 Beiderseits der Maas keine größeren Kampfhandlungen. In erfolgreichen Angriffsunternehmungen nahmen wir kleinere nach Abschluß der Kämpfe des 12. Oktober noch vom Feinde besetzt gehaltene Stellungen wieder.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 14. Oktober. Amtlich wird verlautbart:
Italienischer Kriegsschauplatz.
 Stellenweise Artillerie- und Patrouillenkämpfe.
Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Unsere zurückgehenden albanischen Truppen hatten Koffhut- und Bandenkämpfe zu bestehen. Im Raum nördlich Rijah dauern die Rückzugskämpfe fort, an denen sich auch die Zivilbevölkerung beteiligt. Besonders starker feindlicher Druck macht sich im Morawa-Tal fühlbar.
Westlicher Kriegsschauplatz.
 Bei den I. und II. Truppen keine größeren Kampfhandlungen. Der Chef des Generalstabes.

Militärs gehört. Das „Echo de Paris“ sagt, daß gewisse notwendige Bedingungen nur auf dem Schlachtfeld erreichbar seien. Noch mehr als für Deutschland gelte das für Österreich, dessen Qualitätsmangel durch den Waffenstillstand nicht gebrochen werden könne.

Ein Entwurf des „Völkler“, betitelt „Ein Wort Clemenceaus“, erzählt, daß Clemenceau am Dienstag in den Couloirs der Kammer von Journalisten über die Entscheidung Wilsons befragt wurde. Dann folgt ein großer leerer Fleck. Stehen geblieben sind nur die Schlussworte: und entsetzte sich. Der Zensurstrich das Wort Clemenceaus.

Neben diese Äußerungen sei gestellt, was ein von Savas veröffentlichter Bericht über die Ausnahme der deutschen Antwort an Wilson in Frankreich sagt. Er lautet nach der Nordd. Allg. Ztg.: Die Pariser Presse stellt einmütig fest, daß die Antwort Deutschlands eine Kapitulation bedeute, die durch die Kraft der Truppen der Alliierten hervorgerufen wurde. Sie ist aber auch der Ansicht, daß diese Annahme geeignet sei, die Diskussion mit Wilson zu verlängern. Die Zeitungen fordern eine glatte und einfache Unterwerfung. Die Alliierten sind in jeder Hinsicht imstande, dies zu erzwingen. Wir werden die Ergebnisse eines vollen militärischen Sieges erhalten, wenn die Operationen fortgesetzt werden. Die Entente ist nicht geneigt, ihre Anstrengungen einzustellen, bevor sie das Höchstmögliche ihrer militärischen Anstrengungen erreicht hat. Hoch ist überdies einzig berechtigt, über diesen Waffenstillstand zu entscheiden, den die Deutschen so schnell nötig haben, wenn es Wilson für geeignet hält, dieses Verlangen Deutschlands zu übermitteln.

Die Briefaffäre des Prinzen Max

Die Presse des Inlandes und des Auslandes beschäftigt sich angelegentlich mit der Lage, die durch das Bekanntwerden des Briefs des Reichskanzlers, Prinzen Max von Baden, an den Prinzen Alexander v. Hohenlohe vom 12. Januar d. J. entstanden ist. Daß Prinz Max in diesem Brief die Friedensresolution des Reichstags höchst abfällig kritisiert und erklärt, er lehne den westlichen Parlamentarismus für Baden und für Deutschland ab, wäre an sich noch kein Unglück, denn es ist jedem erlaubt, aus den Tatsachen zu lernen. In einem Unglück wird der Brief erst dadurch, daß Prinz Max in seiner Antrittsrede am 5. Oktober versichert: „Was mich selbst betrifft, so müssen meine früheren, vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezogen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt bin.“

Man steht vor einem Rätsel und kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß das Ansehen, das sich der neue Reichskanzler durch seine erste Rede gewann, durch diese Briefaffäre einen Stoß erhalten hat. Gerade weil unser bisheriger Regierungskurs an Zweideutigkeit litt, die vom Auslande als beabsichtigte Unwahrscheinlichkeit gedeutet wurde, erscheint es als ein außerordentliches Mißgeschick, daß das Bild, das man sich vom Leiter der neuen Regierung machte, eine solche Trübung erfahren hat.

Der Prinz hat zu dieser peinlichen Affäre Erklärungen abgegeben, die darin gipfeln, er wüßte auf keinen Fall, daß seine Person zu einem Hindernis für den abzuschließenden Frieden werden könne. Er hat manches andere hinzugefügt, was den Sachverhalt psychologisch erklärt. Der fatale Brief ist an einen Mann gerichtet, der lebhaft für den Frieden eintrat, dabei aber Methoden wählte, die ihn in den (leicht zu erwerbenden) höchsten Verdacht brachten, er nehme gegen Deutschland für die Entente Partei. Am 17. Dezember hatte Prinz Max von Baden eine viel beachtete Rede über das „Moralorium der Verapredigt“, die Ausschaltung christlicher Grundwerte durch den Weltkrieg, gehalten, die ihm die lebhaftesten Glückwünsche des Prinzen Hohenlohe einbrachte. Um diesem nun zu zeigen, daß er keineswegs sein Mann sei, aus dem Widerspruchsgelbst heraus, vielleicht auch in der Absicht, den Adressaten tüchtig von den Kopf zu stoßen, schrieb Prinz Max jenen Brief, ohne zu bedenken, welches Unheil später einmal durch seine Veröffentlichung angerichtet werden konnte. Der Prinz glaubte offenbar sehr politisch zu sein, indem er zwischen sich und seinen unwillkommenen Anbeter einen möglichst tiefen Trennungstrich zog - war es aber nicht.

So hat sich aus der Veröffentlichung des Briefes eine ungemein schwierige Lage ergeben, weil man auf alle Fälle zwischen zwei Uebeln steht, und es sich nur darum handelt, wodurch größerer Schaden angerichtet wird: dadurch, daß der Prinz bleibt, oder dadurch, daß er geht. Die bürgerlichen Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß die schädlichen Folgen überwiegen würden. Durch einen neuen Kanzlerwechsel in so kurzer Zeit würde die Unsicherheit noch innen und außen nur noch vermehrt werden.

Was die Sozialdemokratie betrifft, so soll heute nur gesagt werden, daß sie in erster Linie für die eigenen Parteigenossen in der Regierung verantwortlich ist, zu denen bekanntlich der Prinz Max nicht gehört. Als eine außerhalb der Parteien stehende, im Ausland angesehene, im Inland einflussreiche Persönlichkeit ist er von den bürgerlichen Parteien, besonders aus den Kreisen der Fortschrittlichen Volkspartei angelegentlich empfohlen worden, und nach kurzer Ueberlegung trug auch die sozialdemokratische Fraktion kein Bedenken, sich an der Konstruktion einer demokratischen Regierung unter Führung eines Prinzen zu beteiligen. Die ersten Erfahrungen sprachen auch durchaus für dieses Experiment, denn die Antrittsrede des neuen Reichskanzlers machte überall den besten Eindruck. Nun ist aber durch die Veröffentlichung jenes Briefes, von dessen Existenz natürlich niemand eine Ahnung hatte und den der Prinz selbst vergessen zu haben schien - sonst hätte er die Beständigkeit seiner Aufstellungen nicht so hervorgehoben - wieder einmal ein unbedenklicher Faktor in die Politik eingetreten, eine jener unheimlichen Schicksalskräfte, die der deutschen Politik schon so viele Streiche gespielt haben.

Was immer nun auch werden mag, notwendig bleibt auf alle Fälle, daß der volkstümliche Charakter der neuen Regierung, die ja nicht nur aus einer Person, sondern aus einem Kollegium besteht, und die unbedingte Aufrichtigkeit ihres Strebens gegen alle Anweisungen sichergestellt wird. Dazu gehört vor allem, daß der in Angriff genommenen Aufbau der demokratischen Reformen rasch und mit kräftiger Entschiedenheit durchgeführt wird. Wir rechnen dazu u. a. die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung im dem Sinne, daß der Reichstag über Krieg und Frieden ent-

Schmelze, die Unterstellung der Militärgerichtsbarkeit unter die Zivilgewalt, die Ausdehnung der Amnestie auf Militärverbrechen und schwebende Verfahren, die Wiedereinführung voller Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit.

Es ist gewiss zu verstehen, daß die neue Regierung in der kurzen Zeit ihres Wirkens noch nicht den ganzen Mut und Unrat entfernen konnte, dessen Aufräumung schon Behrman's Forderung angeht, der sich aber in vier Jahren des Belagerungszustandes wieder bergeshoch aufgehäuft hat. Aber nicht lange wird sich die neue Regierung ohnehin genug schwierige Aufgabe durch Mißgriffe untergeordneter Organe erschweren lassen dürfen. Insbesondere darf das Militär nicht in dem Glauben gelassen werden, daß es einen Staat im Stille darstellt, es muß zur Erkenntnis gebracht werden, daß es nur das dienende Glied eines Ganzen ist, über dessen Richtung die oberste Zivilbehörde in Übereinstimmung mit dem Volkswillen bestimmt.

Das sind solche Maßnahmen, die notwendig sind, um das Vertrauen in die neue Volksregierung, dem aus der neuen Verfassung eine Erschütterung droht, zu festigen.

Was die Richtung nach außen betrifft, so ist vorauszusetzen, daß die ehrlichen Freunde des Friedens jenseits der Grenzen über diesen Zwischenfall das Ziel nicht aus dem Auge verlieren werden, das aber die Befürworter der Kriegsverlängerung das Ihre tun werden, ihn auszunutzen. Ueber das Kräfteverhältnis der beiden Strömungen liegen in diesem Augenblick noch keine sicheren Nachrichten vor.

Der Wortlaut des Briefes.

Der Brief des Prinzen Rag, der von der Zürcher „Freien Zeitung“ veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

Paris, 12. Januar 1918.

Herrn Heber Wetzel

Vielen Dank für Deine letzten Briefe, die ich mir telegraphisch beantwortet konnte, und für die freundliche Sendung Deines interessanten und sehr schmerzhaften Artikels.

Wir geht es sehr eigen mit meiner Ansprache über den bekannten Friedensvertrag vom 12. Dezember 1917. (Abd. d. S.). Ich meine selbstverständlich zu sagen und niemand zu lieb und niemand zu leid — es sei denn meinen Feinden — zu reden und man findet meine Worte ein Echo im In- und Ausland, das mich verblüfft. Was für ein Echo mochten sich die Deutschen, was für eines die Engländer von Deutschland. Wie ich erwidere dies ordentlich.

Die Schweizer Mütter konzentrierten einen Gegenstoß zwischen Hohenzollern und Jährlingen, was ein direkter Angriff ist, wenn man das Telegramm gelesen hat, das der Kaiser mir sandte (dies unter uns), in dem er meine „Rede“ eine „Lüge“ nennt und mir zu den „höhen und schönen Gedanken“, die sie enthält, Glück wünscht.

Die Alldeutschen sollen über mich her, obgleich ich ihnen zum deutschen Schwert den deutschen Geist gebe, mit dem sie Vettererobertungen machen können, so viel sie wollen, und die Mütter der Linken, denen die mir höchst unangenehme „Frankfurter Zeitung“, loben mich durch ein Wort, obgleich ich deutsch genug die demokratische Forderung und die Schlagworte der Parteipropaganda, zumal den Parlamentarismus geißle.

„The world is out of joint and people minds out of balance.“ (Die Welt ist aus den Fugen, und die Geister sind aus dem Gleichgewicht.) Ein Wort solcher Berman's, erntet gemeinlich peinlichen Christentum und nicht sentimentalen Menschheitsgefühlens können sie in ihrer suggerierten Betrübnis nicht mehr an sich die letzte (moralisch) nehmen, sondern müssen es erst durch den Geist und Schlämm ihrer entstellenden Lüge hindurchgehen, um es sich ihrer niedrigen Gefährdung anzupassen.

Da bin ich doch auf meine Bedenken. Sie wissen, daß ich kein Pazifist bin, noch sein kann, noch sein will, und deshalb haben sie mich von rechts bis links verhandelt und das aus meinen Worten genommen, was ein jeder sich gern beherzigen möchte.

Den Feinden einmal ordentlich an den Kragen zu gehen und ihre affektierte Richtigkeit in Dingen der Schuldfrage und der demokratischen Parole zu verböhnen, war mir schon lang ein Bedürfnis. Das gleiche Bedürfnis empfinde ich, dem heidnischen Gedächtnis der Bergpredigt entgegenzutreten und mit dieser Lehre der Liebe auch die Pflicht des Stärken, die Rechte der Menschheit zu wahren, in ein deutsches Bild zu stellen, da über beide Dinge eine besorgenswerte Unsicherheit und ein trauriger Mangel der Beweise entstanden ist. Denn einerseits verfluchen unsere Feinde diese heiligsten Gesichtspunkte durch ihre Lügen, Verleumdungen, und andererseits reagieren wir, unter den Feindschaften dieser niederträchtigen Hochverrat, auf eine zum Teil geradezu fanatische Weise auf diese feindseligen Anzettelungen.

Entspringt mein Entsetzen für Christentum und Menschheitsgefühl meinen innersten Überzeugungen, so kommt doch auch ein praktisches Moment hinzu, da in der Betörung dieser Anschauungen, die nach meiner Ansicht den deutschen Geist und seinen Wesen tiefer innen liegen als dem der Engländer und Franzosen, ein Angriff auf die feindselige Suggestion von Pazifismus und Humanität zu finden ist, von man, wenn man will, eine moralische Offensive wagen kann. Ich kenne nicht, daß mit dieser Gedanke unempfindlich ist, da ich von je der Anschauung war, daß Christentum und Menschlichkeit für sich allein aufstehen sollten, und der Mensch, der in ihnen liegt, nicht in ein besonderes Licht gestellt werden dürfte. Aber dieser Gedanke wohnt ihnen nun einmal inne, und wenn er dem Frieden dient, so dient er einer guten Sache.

Anfang und Ende waren also mit der Offensive gegen die Lüge und Suggestion und mit der sogenannten moralischen Offensive gegeben. Wäre ich aber die demokratische Parole der Weltmächte verböhnen, so müßte ich mich mit ansehnlichen Erscheinungen abgeben. Da ich den weltlichen Parlamentarismus für Deutschland und Baden ablehne, so wählte ich dem katholischen resp. deutschen Volke sagen, daß ich keine Rede verleihe, daß aber die Institutionen keine Hilfsmittel seien. So gewinne ich eine Plattform, bei der ich die Wege, die ich gehen will, selbst in der Hand behalte, und die Kabinettloster ich gerne kenne, wenn sie fühlen, daß man für das Sorglos und Rede verhandelt hat.

In der Friedensfrage stelle ich mich auf denselben Standpunkt. Ich möchte nur den Geist andeuten, in dem mir an diese Frage heranzutreten sollten, im Gegensatz zu den Machthabern der Welt. Das „Wie“ ist mir hier deshalb von größtem Wert, weil das „Was“ so schwer zu bestimmen ist. Denn auch ich wünsche natürlich eine mögliche Ausnutzung unserer Erfolge und im Gegensatz zu der sogenannten Friedensresolution, die ein schreiendes Kind der Angst und der Berliner Hundstage war, wünsche ich möglichst große Vergütungen in irgend welcher Form, damit wir nach dem Siege nicht zu arm werden.

Meine Ansicht deutet sich hier wohl nicht ganz mit der Deinen, denn ich bin heute noch nicht dafür, daß mehr über Vergütungen gesagt werde, als schon gesagt ist. Die Feinde wissen genug, und Belgien ist einmütig zu ihnen und wollestigen Gegner gegenüber, wie es England ist, das einzige Objekt der Kompensationen, das wir besitzen. Einmal anders wäre es, wenn die Vorbereitungen eines dauernden Friedens schon gegeben wären. Aber gerade hier haben Lloyd George und Clemenceau die Weichen abgedreht.

Damit hast Du also die authentische Interpretation meiner Rede, die in hunderttausend Exemplaren als Flugblatt zur Volksaufklärung vom Ministerium verbreitet worden ist, wozu ich Dir sechs Exemplare einlege.

Ich danke Dir nochmals für alles Fremdselige, das Dein Artikel und Deine Briefe für mich enthalten. Ich habe all dem gegenüber das Gefühl, d'avoir fait de la poésie sans le savoir (gedichtet zu haben, ohne es zu wissen). Eines nur möchte ich noch dazu sagen. Die Rede ist ein Gesangs, der den Anfang macht, umkehrbar das Ende und umgekehrt. Ich habe eine sehr schlechte Meinung von der moralischen Verfassung der Nachbarn unserer Feinde, von der horrenden Unheilbarkeit ihrer Völker. Wir haben hier gegen eine Niedertracht der Meinung zu kämpfen, wie sie schändlicher noch nie bestand. Wir dagegen sündigen durch Dummheit, denn Alldeutsche und Friedensresolutionen sind beides gleich dumme Erscheinungen, wenigstens in der Form, in der sie auftreten. Auch sonst gibt es Gemeinheit genug auch bei uns. Aber sie ist weniger böswillig, weniger Schande gegen den heiligen Geist.

Wenn wir uns widersehen werden, wozu ich nicht zu sagen. Das Behagen ist kein Vergnügen mehr und bei der Hitze erst recht nicht. Ich hoffe, das Frühjahr bringt uns wieder einmal zusammen.

Wie das ist, ich weiß und sei herzlich gegrüßt von Deinem freigegebenen Vetter

Eine Erklärung des Reichsfanziers.

Der Reichsfanzier hat sich zu diesem Brief dahin geäußert, daß er den im Wortlaut nicht kontrollieren könne, da er keine Abschrift besitze. Der Zweck sei gewesen, zwischen sich und dem Prinzen Hohenzollern, dessen Ziel er wohl billige, dessen Methode aber er verwerfe, einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen, was notwendig gewesen sei, da Hohenzollern ihn als seinen unbedingten Eideshelfer angesprochen habe. Für die Gradlosigkeit seiner Friedenspolitik könne er u. a. folgende Tatsachen anführen:

1. Ende Januar 1917 sei er beauftragt eingetreten, die bekannte Friedensnote des Präsidenten Wilson auch nach der abgehenden Entente durch eine deutsche öffentliche Kriegszieleklärung zu unterstützen.

2. Am 16. Juli 1917 habe er einen Vorschlag gemacht für die Form, in der der damalige Kanzler sich zur Friedensresolution bekennen sollte. Der Prinz akzeptierte daraus:

„Der deutsche Krieg ist mir vom ersten Tage an ein Freiheitskrieg gewesen. Wer für sein Recht und seine Freiheit kämpft, der hat Achtung vor dem Recht und der Freiheit anderer Völker zu haben. Sonst ist ihm seine eigene Sache nicht heilig. Darum habe ich alle jene Pläne, die unbestimmt um Recht und Freiheit anderer Nationen, Deutschlands Hegemonieherstellung erlangen wollen, als eine Verletzung der Politik empfunden, die uns wie ein Mann zum Schwerte greifen ließen. Meine eigene Weltanschauung fordert also von mir, mich an den Boden Ihrer Resolution zu stellen. Aber ich kann Ihnen, meine Herren, nicht vorenthalten, daß ich den Zeitpunkt bedauere, an dem Sie erneut das Wort „Verständigung“ in die Welt hinausstrahlen.“

3. Im Februar 1918 sei er für eine unmissverständliche Erklärung über Belgien eingetreten und für eine laudable Ausführung des Rahmens des Versailler Friedens im Sinne des Rechts.

4. Er habe diese Forderung wiederholt, als wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

Der Reichsfanzier erklärte weiter, er habe die alldeutsche Politik stets bekämpft, er sei schon im Juni 1917 für das gleiche Wahlrecht gewesen, und das demokratische Programm, das er jetzt vertritt, habe schon mit Kriegsbeginn bei ihm festgestanden. Allerdings habe er sich in dieser Beziehung während des Krieges in gerader Linie weiter entwickelt.

Die französische Kriegspresse warnt vor der Demokratisierung Deutschlands.

Bern, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Sormarts“.) Der „Temps“ warnt vor der Demokratisierung Deutschlands und der Föderalisierung Oesterreichs. Die Demokratisierung würde die deutsche Einheit festigen. Die Salze der Sozialdemokratie würde das Werk des deutschen Militarismus vollenden. Man dürfe nicht, wenn man das Rationalitätsprinzip aufstelle, Oesterreich, Sachsen und gar die Deutsch-Oesterreicher unter die Dampfmaschine der preussischen Sozialdemokratie bringen. Die von Wilson vorgeschlagene Einbeziehung der Rationen sei ein ungenügender Schutz gegen Deutschland. Bis zum Schluß im April 1906 eine Volkvertretung der deutschen Bundesstaaten auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts vor; wolle man Scheidemann erlauben, dieses Spiel fortzusetzen! Abwärtigen zwischen den österreichischen Völkern wären unermesslich, und welche anderen Verwandte denselben oder offener Koalitionen liegen sich in ihrer Nachbarschaft entbeden, wenn man so inkohiert wäre, sie schon heute zu suchen. Der „Temps“ hofft, daß Wilson dieses ernste Problem überdenke.

Das „Echo de Paris“ bespricht den Rotenwechel Amerikas mit den Neutralmächten und die deutsche und österreichische Zinsreform. Das Blatt schreibt: „Es ist notwendig, daß die Verbündeten und besonders Wilson dieser Komödie ein Ende machen, welche bei ihrer Fortdauer unvermeidlich die Sieger spalten und hemmen würde. Wir lesen mit Vergnügen, daß die amerikanische Presse die schätere Methode Willsons der heutigen vorgezieht.“

Die Resolution des französischen Parteitags.

Bern, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Sormarts“.) Die Resolution des Parteitag enthält ein ausführliches Programm der sozialistischen Friedensaktion. Die Partei erklärt, daß die Weltliche die Notwendigkeit des Verschwindens der kapitalistischen Gesellschaft und ihre Ersetzung durch ein Regime erweist, worin mit den Massen auch die nationalen Gegensätze möglichen. Sie erklärt sich solidarisch mit der nationalen Verteidigung und betont gleichzeitig ihre Treue zur Internationalen, welche allein durch die Abschaffung der Herrschaft der öffentlichen Angelegenheiten durch Finanz und Großindustrie und durch Überwindung des von den Herrschenden unterhaltenen Hasses zwischen den Menschheitsgruppen den Dauerfrieden gewährleisten kann.

Der Kongreß betont, daß der Sozialismus in Frankreich wie überall seine Aufgabe in voller Selbständigkeit ohne Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien erfüllen soll und weist die neuen Experimente von Zusammenarbeit zurück, weil die vergangenen zeigen, daß eine solche Taktik nur die Reaktionen im Innern und den Imperialismus nach außen hin stärkt. Die Partei wird die durch den Burgfrieden gefährdeten bürgerlichen Freiheiten verteidigen. Sie ruft das Proletariat zur Verteidigung der Republik auf, sie protestiert gegen die Verteilungen und Maßregelungen besonders ihrer Vertrauensmänner in der Kriegskolonie und gegen das Skandalurteil des Staatsgerichtshofs, sie geißelt die Allianz Clemenceaus mit Royalisten und Bonapartisten. Die Partei verurteilt die Pflicht des Proletariats, seine Anstrengungen zur Beendigung des blutigen Konflikts zu vervielfachen.

Die von den Regierungen bekämpfte Internationale Sozialistenkonferenz muß baldmöglichst stattfinden. Sie allein kann alle Militarismen entwaffnen, und ehrliche und gerechteste Friedensbedingungen suchen und den Haß ausländischen, welcher neue Konflikte entzünden könnte. Die Partei ist bereit, sofort der Einladung Duhamans, Brantings und Trotskys Folge zu leisten. Die Regierungen beider Kriegsparteien widersehen sich der Einberufung der Internationalen.

Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen müssen ihre Kräfte vereinen, um diese Versammlung durchzuführen. Im Sinne des Kongresses der englischen Gewerkschaften wird die Partei jede Regierung bekämpfen, welche neuerlich die Versammlung der Internationalen hindert, ebenso jede Regierung, welche ein imperialistisches Programm annimmt und unannehmbare Friedensbedingungen abweist. Die Partei beauftragt den Parteivorstand und die Fraktion, alle möglichen Mittel inklusive der Kreditvergabe anzuwenden, um den Beschluß des letzten Kongresses der Konföderation, nötigenfalls die parlamentarische Aktion mit der nichtparlamentarischen zu verbinden. Die Partei verurteilt die Intervention der Entente in Rußland. Die Partei wiederholt die Forderung der Selbstbestimmung. Sie wird alle legitimen und gegenwärtig realisierbaren nationalen Forderungen bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages möglichst unterstützen, aber sie erwartet von einem beiderseits durch annexionsüchtige Kapitalisten geführten Krieg keine wahrhaft gerechte Lösung. Sie widersteht sich energisch jedem Programm, welches zu solchem Zweck den Krieg verlängern würde. Die Partei unterstützt stets alle Bemühungen, in der heutigen Gesellschaft ein Minimum von Friedensgarantien, namentlich Schiedsgerichte in der Gesellschaft der Nationen zu schaffen. Sie würde ihre wesentlichste Idee preisgeben, wenn sie die Arbeiter nicht daran erinnere, daß solange die monarchische Herrschaft und die kapitalistische Klasse am Weltmarkt bestehen, der Weltfrieden gefährdet bleibt.

Die Unterzeichnung des Friedens muß die Einstellung des großen Werkes der wirtschaftlich-politisch-sozialen Umgestaltung sein, für welche der Krieg die Elemente vorbereitet.

Die Erhaltung der Einheit anstrebt, verurteilt die Partei die Abirrungen jener, welche im Kompromiß mit der bürgerlichen Gesellschaft Besardierungen suchen. Bei der Erneuerung der Welt können die französischen Proletarier nur Proletarier der Internationalen zu Genossen haben.

Diese Resolution läßt den gewaltigen Schritt nach links erkennen, den die französische Partei durch den Sieg der bisherigen Minderheit getan hat. Immerhin wäre es falsch anzunehmen, daß die französische Partei jetzt etwa in Parallele mit den deutschen Unabhängigen stünde. Denn die Resolution enthält ein klares Bekenntnis zur Landesverteidigung, ein Bekenntnis, das die Unabhängigen bisher stets sorgfältig vermieden haben. Das meiste von dem, was die französische Resolution enthält, findet unsere rückhaltlose Anerkennung und Billigung, namentlich die scharfe Betonung des sozialistischen Endziels und die Unterstreichung der Unzulänglichkeit aller Friedensgarantien in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. In einem Punkte müssen wir uns naturgemäß mit den französischen Genossen auseinandersetzen, das ist der Eintritt in eine bürgerliche Regierung. Aber hier erklärt sich unsere Differenz sofort durch die vollkommenere Verschiedenartigkeit der Lage in Frankreich und Deutschland. In Frankreich sitzen Mehrheitssozialisten in dem Kabinett Clemenceau, d. h. sie arbeiten mit dem Erkorenen der Annexionsisten und Chauvinisten Frankreichs zusammen, der auch jetzt in jeder Weise die Friedensbestrebungen zu durchkreuzen sucht und nach innen hin ein despotisches Gendarmregiment entwickelt. Die deutsche Parteidemokratie hat den Eintritt in jede Regierung abgelehnt, an deren demokratischen und friedensfreundlichen Charakter noch irgend welche Zweifel bestanden; sie ist erst in die Regierung eingetreten, als begründete Aussicht bestand, durch diesen Eintritt den Frieden und die Demokratie für Deutschland herbeizuführen. In unserer Stelle hätten auch die französischen Minderheitssozialisten kaum anders handeln können.

Bern, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Sormarts“.) Eine Sonderversammlung der früheren Mehrheit beschloß, die Parteidemokratie zu demotieren und die Parteiposten anzunehmen, die ihr gemäß Proporz zufallen. Gemacht beglückwünscht in der „Humanität“ Wilson, der begriff, daß der günstige Augenblick für Verhandlungen gekommen sei.

Die chauvinistische Presse zeigt fortwährend eine starke Verknüpfung gegen Wilson. „Echo de Paris“ schlägt seinen Beitrag nach der Herabsetzung, daß der Krise wenigstens mit den Bundesfürsten bereit, mit nachstehender Beobachtung: „Im heutigen Krieg gibt es nur noch einen Mann, welcher allein überlebt: es ist Herr Wilson.“

Auf die Gegenarbeit der großkapitalistischen Presse gegen einen raschen Frieden deutet ein Artikel des „Journal“, worin der Referent des Wirtschaftsdirektors, Deputierter Drouffes, äußert, daß Frankreich keinerlei Vorbereitungen für die Demobilisierung traf, aus der schwere soziale Gefahren drohen.

Bern, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Sormarts“.) Der „Temps“ greift die von dem Mehrheitsstandpunkt abgegangene Sozialistenpartei an, weil ihre Resolution die Kreditverweigerung gegen eine annexionsistische oder antirepublikanische Regierung vorbehalte und die Aktion der Internationalen gegen Militarismus und Kapitalismus fordere. Der „Temps“ fordert auf, die neue minderheitliche Parteibildung zu brechen. Wenn der „Temps“ schließlich den Parteibeschluß mit dem Hinweis auf die geringe Mitgliederzahl der Partei als bedeutungslos hinweist, widerlegt er sich selbst dadurch, daß er täglich Beitritt gegen die Sozialistenpartei ruft.

Bei der Wahl des Redaktors der „Humanität“ erhielt Gachin 1510, Renaudel 1285 Stimmen.

England in Ostpreußen.

Geflingens, 18. Oktober. Die britische Regierung läßt durch ihren hiesigen Konsul eine Erklärung über die Operationen in Ostpreußen veröffentlichen, in der betont wird, daß die dortigen Streitkräfte lediglich der Verteidigung jener Gebiete gegen Deutschland dienen und die finnischen Grenzen weder überschritten hätten, noch überschreiten würden, solange Finnland neutral bleibe. Weit entfernt, die Revolution in Finnland fördern oder eine Erneuerung des Bürgerkrieges herbeizuführen zu wollen, wünsche die britische Regierung aufrichtig, in Finnland eine halbbare und gesunde Staatsgewalt zu sehen.

Zur Reichstagswahl Berlin I.

Alle Genossen und Genossinnen, die sich für heute zur Mitarbeit bei der Reichstagswahl zur Verfügung stellen wollen, melden sich — sofern ihnen keine schriftliche Mitteilung zugegangen ist — im Zentralwahlbureau, Th. Fischer, Lindenstr. 3. Telefon: Moritzplatz 364.

Groß-Berlin

Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung in der Ubergangswirtschaft.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission wird sich demnächst in einer kombinierten Versammlung aller seiner Gewerkschaftsfunktionäre sowie derer der Kirch-Dünderischen Gewerksvereine und Christlichen Gewerkschaften mit den schon im Januar dieses Jahres an die Gemeindebehörden gestellten Antrag beschäftigten, der bei der Ubergangswirtschaft vom Kriege zum Frieden sich auf die Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung und den Arbeitsnachweis sowie die Arbeitslosenunterstützung bezieht.

Bedaauerlicherweise ist trotz mehrfacher Mahnung bisher nichts in der Frage geschehen. Nun soll am nächsten Sonnabend eine Konferenz aller zu Groß-Berlin gehörenden Gemeinden stattfinden, in der eine endgültige Regelung herbeigeführt werden soll.

Starke Einschränkung der Zugverbindungen.

Amlich wird mitgeteilt: Um die großen Transporte bewältigen zu können, die zur Versorgung der Bevölkerung und des Heeres mit Lebensmitteln, insbesondere mit Kartoffeln und mit Kohlen nötig sind, und um die im Heeresinteresse an die Eisenbahn gestellten gewaltigen Anforderungen ohne Störungen erfüllen zu können, hat es sich als erforderlich erwiesen, von jetzt ab für einige Zeit eine starke Einschränkung der Zugverbindungen für den öffentlichen Verkehr vorzunehmen. Es fallen daher mit dem 14. dieses Monats alle Züge fort, die als „bis auf weiteres verkehren“ vorgesehen sind und in dem Fahrplan mit einem biden Punkt bezeichnet sind. Während dieser Zeit der Einschränkung jede unnötige Reise zu unterlassen und die Eisenbahn nur im äußersten Notfalle zu benutzen, ist ein dringendes Gebot für alle. Es muß erwartet werden, daß bei der Not der Zeit dieser ersüßten Mahnung voll Rechnung getragen wird. Nur dann hofft die Eisenbahnverwaltung von weitergehenden und in das öffentliche Leben tief einschneidenden Maßnahmen absehen zu können.

Danach fallen von heute ab aus: In der Richtung Hanoi: Schnellzug D 21 an Friedrichstraße 4.47 nm., Schnellzug D 129 an Friedrichstraße 9.10 nm., Schnellzug D 12 ab Friedrichstraße 7.21 nm., Schnellzug D 4 ab Friedrichstraße 11.04 nm., Schnellzug D 22 ab Friedrichstraße 2.37 nm., Schnellzug D 3 an Friedrichstraße 9.58 nm. In der Richtung Ragdeburg: D 18 ab Potsdamer Bahnhof 8.47 nm., D 32 ab Potsdamer Bahnhof 12.36 nm., D 17 an Potsdamer Bahnhof 9.19 nm., D 31 an Potsdamer Bahnhof 8.28 nm., D 126 ab Friedrichstraße 7.00 nm., D 125 an Friedrichstraße 9.50 nm. In der Richtung Stettin: D 25 ab Stettiner Bahnhof 7.40 nm., D 26 an Stettiner Bahnhof 18.43 nm.

Wohnungswucher.

Jene, die es sich leisten können, die Preise immer weiter in die Höhe zu treiben, und denen die Verbraucher es zu danken haben, daß trotz der Anreizpolitik schließlich doch nicht genügend Ware geliefert wird, weil auch die Mietpreise immer noch überboten werden, fangen nun auch an die Wohnungspreise in die Höhe zu treiben. Bezeichnend für diese Verhältnisse ist folgendes Inserat aus der „Berlin-Wilmersdorfer Zeitung“:

2-3-Zimmerwohnung 1500-1800 M. mit allem Komfort per April oder früher gesucht. Offerten Kuntel, Wilmersdorf, Kaffauische Str. 1. Für Vermittler hohe Provision.

Das Mietungsamt läßt gut, die Veröffentlichung solcher Gesuche zu verbieten, die sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Vermessung der Mieten sein werden.

Räseverteilung. Vom Montag, den 14., bis Donnerstag, den 17. Oktober, wird an diejenigen Kunden, die in den Spetieffektenlisten der in den Bezirken der 59. bis 62., 179. und 228. Kreis-Kommission und vom Dienstag, den 15., bis Sonnabend, den 19. Oktober 1918 der in den Bezirken der 63. bis 65., 67., 82., 195. und 214. Kreis-Kommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Rasse verteilt.

Die städtischen Kollébadanstalten an der Schillingstraße, Wärdwaldr. 64, Gartenstr. 3 und Wärdstr. 50 sind zurzeit in den Wannen- und Sanitärabteilungen geöffnet. Als Badegewässer sind angelegt für die Anstalten Schillingstraße, Gartenstraße und Wallstraße: Montag bis Donnerstag einschließlich von 3-5 nachmittags, Freitag und Sonnabend von 3-5 Uhr abends, Sonntag von 3-12 Uhr mittags. Für die Anstalt Wärdwaldr. 64: Montag bis Freitag einschließlich von 12-7 Uhr abends, Sonnabend von 12-8 Uhr abends, Sonntag von 3-12 Uhr mittags. Der Preis für ein Brausebad beträgt gleichmäßig 10 Pf. Ein Wannenbad kostet in den Anstalten Schillingstraße und Wärdwaldr. 64 20 Pf., in den Anstalten Garten- und Wallstraße 0,25 M.

Weihnachtspaketverke nach dem Heide. Um die über die Weihnachtspakete an leitenden Weihnachtspost für die Truppen im Felde möglichst bis zum Heide ihren Empfängern zuführen zu können, müssen sie bis 2. Dezember aufgegeben sein. In der Zeit vom 3. bis 25. Dezember werden Pakete für das Heide zur Beförderung nicht angenommen. Wegen der schwierigen Beförderungsverhältnisse nach den entfernteren Gebieten wird jedoch die Auslieferung von Paketen dahin bis zu den nachstehend angegebenen Tagen empfohlen: nach der Türkei und dem Kaukasus bis 20. Oktober; nach Rumänien und Italien bis 10. November; nach Finnland bis 20. November. Für Frachtpakete werden die besten Aufgabetermine empfohlen, doch tritt für sie die Annahmeperrze ab 8. Dezember nicht ein. Der Paketverke wird durch nachstehende Anordnungen nicht berührt.

Nichtamtliche Feldpostbriefe mit Wareninhalt (sogenannte Päckchen) an Heeresangehörige mit der Bezeichnung: Deutsche Feldpost 345, 373, 374, 516, 512 und 689 in der Aufschrift können bis auf weiteres nicht angenommen werden. Auf Sendungen mit Zeitungen und Zeitschriften ersucht sich die Annahmeperrze nicht.

Neußölln, Eingemeindung von Brig. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich am Donnerstag mit mehreren wichtigen Fragen beschäftigen. Die wichtigste ist die Eingemeindung von Neußölln nach Brig. Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen haben jetzt endlich zum Abschluß geführt. Das Gemeindegebiet von Neußölln, welches 1170 Hektar groß ist, wird dadurch um 1332 Hektar vergrößert, von denen nur 85 Hektar bebaut sind. Neben der Vergrößerungsfrage ist die Errichtung einer besonderen Stadtschulratsstelle von Wichtigkeit. Um diese Position hat die sozialdemokratische Fraktion seit Jahren gekämpft. Daneben steht noch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf der Tagesordnung, der den Magistrat ersucht, die nötigen Schritte bei der Reichsregierung zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen und von der Gemeinde den Ausbau des Arbeitsnachweises und die Bereitstellung von Kostendarstellungen fordert.

Lidtnberg, Lebensmittel. Über den üblichen Mengen werden abgegeben: Gegen Voranmeldung auf Abschnitt 64 der gemeinsamen Lebensmittelkarte: 2 Suppenwürfel zum Preise von 10 Pf. für 1 Würfel. In den städtischen Fischhöfen und bei den hiesigen Fischhändlern und Räucherwarengeschäften auf Abschnitt 269 G, J, G, R 1 Pfund Strolche (1,86 M.), Abschnitt 277 G, J, G, R: Frische Flus- und Seefische. (Bei nicht ausreichender Zufuhr werden Heringe ausgegeben.) Abschnitt 278 G, J, G, R: 1/2 Pfund Räucherwaren, auf Abschnitt 279 G, J, G, R: Fischkonserven.

Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 2,- M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat November zu sichern.

Wilmersdorf, Lebensmittel. In dieser Woche gelangen zur Verteilung: auf Abschnitt 67 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Kunstbrot und in den Kolonialwaren-geschäften, soweit deren Belieferung möglich ist, auf Abschnitt G der grauen Bezugskarte für Einzelpersonen je Kopf der Bevölkerung 75 Gramm Rosin (30 Pf.). Fortgesetzt wird bis Mittwoch, den 16. Oktober, der Verkauf von 1 Pf. Rindergewürz auf die für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre ausgegebenen rosa Bezugskarte, bis Freitag, den 18. Oktober, der Verkauf von 100 Gramm lichte Suppen auf Abschnitt 64 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte, und bis Sonnabend, den 19. Oktober, die Abgabe von 1 Ei auf Abschnitt 62 der Karte. Ferner wird der Verkauf von 1/2 Pf. Derringen oder frischen Fischen bzw. 1/2 Pf. Räucherwaren auf die Abschnitte B und M der grauen Bezugskarte für Einzelpersonen fortgesetzt. — Diejenigen Wilmersdorfer Einwohner, welche zur Bedienung ihres Winterbedarfs Kartoffeln von außerhalb zu beziehen wünschen, werden erneut darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Genehmigung hierzu mündlich bei der städtischen Kartoffelzufuhrstelle (Wilhelmsdane 114/115) nachsuchen haben, die ihrerseits die Anträge unverzüglich an das in Betracht kommende Landratsamt weiterleitet wird. Personen, die sich unter Umgehung der hiesigen Zufuhrstelle unmittelbar an die zuständige Kreisbehörde wenden, haben, wie von dieser Seite mehrfach mitgeteilt worden ist, auf die Erteilung der Ausfuhrerlaubnis nicht zu rechnen.

Kreis Teltow, Kriegsteuerungsanlagen. Der Kreisrat hat beschlossen, den Kreisbeamten und dauernd im Kreisdienst Angestellten einmalige Kriegsteuerungsanlagen nach den staatlichen Grundbesitz, den eingetragenen Krankenversicherungskassen je 200 M. und den übrigen Schwestern je 100 M. zu gewähren; von den männlichen und weiblichen Hilfskräften, sowie den händig beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen sollen die vor dem 1. Oktober 1916 eingetretenen den einhalbfachen Betrag des Monatsgehalts, die in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 31. Dezember 1916 eingetretenen den einviertelfachen Betrag des Monatsgehalts, die im Jahre 1917 eingetretenen ein Monatsgehalt und die in diesem Jahre eingetretenen die Hälfte des Monatsgehalts erhalten. Für jedes Kind wird ein Zuschlag von 10 Proz. gewährt. Einmalige Kriegsteuerungsanlagen sollen den Ruhegehaltsempfängern und den Empfängern von Witwen- und Waisengeld gleichfalls nach den staatlichen Sätzen gewährt werden, soweit die Steuerungsanlagen nicht aus der Brandenburgischen Witwen- und Waisenversicherungsanstalt gewährt werden. Die Steuerungsanlagen für das Betriebspersonal der Kreisstraßenbahnen werden vom Bahnverwaltungsamt festgesetzt.

Pankow, Lebensmittel. Im Laufe dieser Woche gelangen in den bekannten Verkaufsstellen zur Verteilung: Auf die Panlower Lebensmittelkarte: 100 Gramm Griech auf Abschnitt 1, ein Ei auf Abschnitt 2, Räucherwaren, soweit solche eingeben auf Abschnitt 114 resp. 123, Zulagen für Kinder bis zu 2 Jahren: 500 Gramm Haf.rosen für den Monat auf Bezugskarte; 375 Gramm Indulgulose für Kinder bis zum 1. Lebensjahre auf Abschnitt 20a, b und c, 200 Gramm Indulgulose für solche im 2. Lebensjahre auf Abschnitt 20a und b und 125 Gramm für solche vom begonnenen 3. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre auf Abschnitt 20 der Zulagenkarte.

Mariendorf, Verkauf von Zwiebeln. Die Groß-Berliner Gemeinden bringen auf Grund des Beschlusses des Lebensmittelverbandes 1 Pfund Zwiebeln auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Der Verkauf findet in den drei Gemeindefeldern während der üblichen Geschäftsstunden auf Abschnitt 68 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte statt. Der Preis für 1 Pfund beträgt 32 Pf. Das Anstellen vor den Gemeindefeldern ist nicht nötig, da ausreichend Ware vorhanden ist.

Oberschöneweide, Sonderunterstützung und Steuerungsanlage. Auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter war in einer vorhergehenden Sitzung beschlossen worden, eine Kommission einzusetzen, die prüfen sollte, ob, um die Milchknappheit für Säuglinge zu beseitigen, ein gemeindefeldes Institut eingerichtet werden soll. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung lag dieser Verke vor, der besagte, daß zurzeit keine zwinrende Notwendigkeit dazu besteht. Der Milchverke bei den Hofbesitzern hat sich demehrt, so daß die Belieferung aller Säuglinge mit einwandfreier Milch als zumeist gesichert angesehen sei. Sollte sich ein Mangel wieder einstellen, so ist der Gemeindevorstand beauftragt, sofort die Eröffnung eines Instituts in die Wege zu leiten.

Wie in den Vorjahren sollen auch diesmal die Familien der Kriegsteilnehmer eine Sonderunterstützung

zur Beschaffung von notwendigen Bedarfsgegenständen erhalten. Der Gemeindevorstand beantragte, für jede Frau 20 M. und für jedes Kind 9 M. zu bewilligen. Bedingung für die Zahlung sollte sein, daß der Ehemann vor dem 1. Juli 1918 zum Heeresdienst eingezogen und die Familie am 1. November ein Jahr am Ort anständig ist. Weiterhin sollte die Bedürftigkeit geprüft werden. Genosse Schwarzburger wies darauf hin, daß in Anbetracht des gesamten Geldwertes diese Sätze unzureichend sind. Auch die übrigen Bestimmungen, vor allem die Prüfung der Bedürftigkeit, müßten aus der Vorlage entfernt werden. Vorgeschlagen wurde: jede Ehefrau erhält 30 M. und jedes Kind 12 M., die am 1. Dezember 1918 ein Jahr im Orte wohnen; die Frage der Bedürftigkeit unterliegt keiner Prüfung. Unter den gleichen Bedingungen sollen auch die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern diese Unterstützung erhalten. Mit 9 gegen 10 Stimmen wurde die erhöhte Unterstützung abgelehnt. Die Vertreter der 1. Abteilung stimmten für den Antrag, bei den Vertretern der 2. Abteilung, den Grundbesitzern, war das Interesse für die Familien der Kriegsteilnehmer nicht so groß und sie und der Gemeindevorstand stimmten dagegen. Die übrigen Vor schläge wurden angenommen. Unterstützungsanträge sind schriftlich an den Gemeindevorstand zu richten. Auch bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, Bewilligung einer einmaligen Teuerungszulage an die Gemeindebeamten, Lehrpersonen der höheren Schulen und der Volksschullehrer, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der dritten Abteilung und dem Gemeindevorstand. Es waren in der Vorlage unberücksichtigt geblieben die händig Beschäftigten und die Gemeindefeldarbeiter. Gemeindevorleiter Bugha (U. S.) und Genosse Schwarzburger wiesen darauf hin, daß, wenn eine Teuerung anerkannt wird, man nicht nur dem einen Teil geben könne, sondern dann auch den Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden müsse. Es wurde beantragt, diesen Personen vier Wochenlöhne, aber nicht unter 300 M., als einmalige Beihilfe zu gewähren. Die Angelegenheit wurde an eine Kommission verwiesen, der auch Genosse Schwarzburger angehört.

Romow, Namensänderung? In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung hielt Direktor Schönl von der Fortbildungsschule einen Vortrag über die Notwendigkeit der Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule für kaufmännische Angestellte. Die Unterstützung der Vertreter, vor allem unsere Genossen, traten für sofortige Errichtung, die Mehrheit für den 1. Oktober 1919 ein. Eine Erhöhung der Umfahrgelder in Fällen, wo Grundstücke kurze Zeit nach der Erwerbung wieder verkauft werden, beschworliche Kammerer Schmidt. Eine ganze Anzahl von Gemeinden hat diese Erhöhung eingeführt. Es wird beschlossen, die Steuer für bebauete Grundstücke von 1 auf 2 Prozent, bei unbebauten Grundstücken von 1/4 auf 3 Prozent zu erhöhen, wenn seit dem letzten Verkauf die Frist von zwei Jahren nicht überschritten ist. — Auf Anregung des Vorsitzenden des Arbeitsamts, Genossen Osmeyer, tritt die Gemeinde dem Reichsverband für Kriegspolensachen bei. Dieser Beitritt ermöglicht eine bessere Fürsorge für die Kriegswaisen. — Eine ausführliche Besprechung fand über die vertragte Besprechung über die Änderung des Ortsnamens statt. Gemeindevorleiter Reiß begründet den Antrag damit, daß bei der Zusammenlegung der Gemeinden Romow und Rowendorf der Beschluß gefaßt sei, einen neuen Namen für die zusammengelegte Gemeinde anzunehmen. Aus den Akten von 1906 geht hervor, daß damals nicht lokal verfahren sei. Formell bestche der Name Romow wohl zurecht, da nicht eine Zusammenlegung, sondern eine Eingemeindung stattgefunden habe. Das widerspreche aber dem damals gefaßten Beschluß. Der Name Romow sei unhistorisch, er ist das im Teichische übersehte Rowendorf. Genosse Pawlowitsch entgegnete: Wenn die nicht-deutsche Bezeichnung einen Anstoß bilden soll, dann müßten Emdan, Estroan, Trepstan, Romow, Glimbin, kurz Dudenbe von Orten ihren Namen wechseln, denn dies sind alle wendischen Ursprungs. Man solle doch die Fremdwörterverweil, wie sie mit Kriegsbeginn einsetzte, endlich beiseite lassen. Die Namensänderung ist eine Karotte und dem sollte die Gemeindevertretung nicht Beihilfe leisten. Die Gemeinde solle durch vorbildliche Einrichtungen — und sie ist auf dem besten Wege dazu — sich Achtung und Ansehen verschaffen, dann wird niemand an den Namen Anstoß nehmen. Der größte Teil der Gemeindevertreter sprach sich für die Änderung aus. Ein Beschluß wurde nicht herbeigeführt, jedoch wurde gewünscht, daß sich die verschiedenen Vereinigungen mit dieser Frage beschäftigen mögen und eine spätere Sitzung soll zu dieser Frage endgültig Stellung nehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reinickendorf-Bez. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 16. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal von Wilhelm Lining, Schornweber-Edle Schillingstraße. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Schönberg, Diskussion, Vereinsangelegenheiten und Verlesenes. Bestimmungsfreunde, die auf dem Boden der Parteimehrheit stehen, sowie alle „Vorwärts“-Leser sind freundlichst eingeladen.

Potsdam, Mittwoch, den 16. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im Lokale zum „Bürgergarten“, Alte Luizen, Ecke Lennestraße Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „An der Schwelle des Friedens“. Referent: Reichstagsabgeordneter Emil Stahl. Freie Aussprache. Alle „Vorwärts“-Leser, die auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei stehen, sind hiermit eingeladen.

Gerichtszeitung.

Der Menschheit ganzer Jammer —

Ein erschütterndes Bild sozialen Elends wurde in einer Verhandlung aufgerollt, welche das Schwurgericht des Landgerichts II beschaffte. Aus der Untersuchungsakten wurde die 25jährige Frau Marie Biezens geb. Marfa vorgeführt, um sich wegen versuchten Totschlages, bezogen an ihren zwei Kindern, zu verurteilen. — Der Sachverhalt, welcher dieser Anklage zugrunde liegt und auch die übrige Vorgeschichte und der Lebenslauf der Angeklagten stellt einen packenden Roman aus dem Leben dar: Als Siebzehnjährige lernte die Frau ihren späteren Ehemann, einen Johannishofer Hieger, kennen. Ihre Eltern legten dieser Verbindung den härtesten Widerstand entgegen und erst als das junge Mädchen einen Selbstmordversuch mit Opal machte, gaben sie ihre Einwilligung. Es zeigte sich bald, daß die Eltern recht hatten, denn der Mann brachte keine Einnahme als Flugzeugführer in leichtflüchtiger Gesellschaft durch, hielt sich eine Weile und gab seiner Frau ganze 100 Mark im Monat, von denen sie auch noch die Miete zahlen mußte. Als 3. dann im Mai 1918 durch Absturz mit einem Flugzeug das Leben einbüßte, stand die junge Frau mit ihren vier Kindern völlig mittellos da. Sie nahm aber tapfer den Kampf mit dem Leben auf, brachte zwei Kinder zu ihrer Mutter und arbeitete in einer Fabrik. Ihr Verdienst reichte aber zum Leben nicht aus; zu allem Unglück wurde sie auch noch von einer Krankheit heimgegriffen, so daß sie in Schulen geriet. Ein weiterer Schwelensschlag war, daß ihre Mutter starb, so daß sie ihre vier Kinder im Hause hatte und nicht zur Arbeit gehen konnte. Ihr Erbschaft an die Gemeinde Johannishof, für die Unterbringung zweier Kinder zu sorgen, wurde abgelehnt. Erst als sie sich bei dem Regierungspräsidenten beschwerte, wurde die Gemeinde angewiesen, der Witte der Frau zu entsprechen. Durch diesen Schritt mußte sie sich wohl das „Wahlvolles“ des Armenpflegers Stodhause, der leider auch zugleich als Verwalter einer in Liquidation befindlichen Gesellschaft ihr Hausmeister war, verschaffen haben.

Die Welt des unendlich Kleinen.

Grenzen der menschlichen Wahrnehmung.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der modernen Technik ist die fortschreitende Verfeinerung unserer Betrachtungsmethoden. Gewisse Sinnesorgane, wie die Nase und das Auge, sind ungemein feinsichtig in Bezug auf äußere Reize. Wir können z. B. 1/100 Milligramm Brom in einem Liter Wasser noch mit dem Geruchssinn wahrnehmen, Benzolchlorid sogar in der winzigen Menge von zwei Billionstel eines Milligramms. Was für die Nase der Geruch, ist für das Auge die Farbe. Die Empfindlichkeit des Gesichtssinnes für Farberreize wird am besten durch die Wahrnehmung und Unterscheidung der Farbenlinie im Sonnenspektrum illustriert. Es ist wohl ziemlich allgemein bekannt, daß das dem Auge als fortgesetzte Reihe von Farberreizen ercheinende Bild des Spektrums nicht weiter als eine unendliche Kette von Reiherteilen ist. Die Ausdehnung dieser Wellen ist so gering, daß der Vyhäker gemessen ist, mit millionten Teilen eines Millimeters zu rechnen. Der dem Auge sichtbare Teil des Sonnenspektrums bewegt sich zwischen 400 bis 700 Billionsteln eines Millimeters langer Reiherteilen. Und doch ist das menschliche Auge so fein organisiert, um schon einen einzigen Grad dieser unendlich kleinen Ausdehnungsskala als veränderten Reize zu erkennen. Stark ist auch die Empfindlichkeit des Auges für Bestimmungen der Form und Größe der Gegenstände. Ein gestricheltes Auge ist imstande, die Länge und Weite eines auch komplizierten Objekts dauernd im Gedächtnis zu behalten. Kleinere Abweichungen und Größenunterschiede allerdings entgehen zumeist der Beobachtung. Nach Helmholtz verliert das menschliche Auge die Fähigkeit, Einzelheiten wahrzunehmen, wenn sie sich unter einem kleineren Gesichtswinkel als einem Minutenbogen befinden. Diese Unvollkommenheit seiner Sinnesorgane zwingt den Menschen, sich einen Helfer zu schaffen: das Mikroskop. Ein gutes Mikroskop vergrößert um, Gegenstände von 1/1000 Millimetern Durchmesser, also in 200facher Vergrößerung zu erkennen, die in den meisten Fällen genügen wird. Wir können damit die roten Blutkörperchen, von denen 125 auf ein Millimeter gehen, bequem beobachten, ebenso die Gärpilze. Bedeutend kleiner sind schon die Erreger der Lipidämie, von denen 1200 nebeneinander gelegt, erst einen Millimeter ergeben. Ohne das Mikroskop wäre für die für unsere Gesundheit so ungemein wichtige Wissenschaft der Bakteriologie ein Ding der Unmöglichkeit.

Dawohl das Mikroskop die Grenzen unseres Erkennens ungenüher erweitert hat, so bspitzen wir doch seit 15 Jahren ein Instrument, das unergleichlich weiter reicht. Es ist dies das von Siedentopf konstruierte Ultramikroskop. Das Prinzip dieses Apparates läßt sich leicht durch ein Beispiel erklären. Im Sonnenspektrum bewegen sich Vihtradien von tangenden und kimmernden Staubteilchen. Die Unterstuhungen über die Schneelligkeit ihrer Bewegung haben ergeben, daß ihr Durchmesser 1/10000 Millimeter nicht übersteigt. Wie ist es möglich, fragen wir uns, diese verschwindend kleinen Objekte mit Leichtigkeit wahrzunehmen, wenn die Grenzen unserer Beobachtungsmöglichkeit bei 1/100 Millimeter aufhören? Die Antwort gibt uns die Optik. Jedes Staubteilchen sendet Lichtwellen aus, die dem Auge als umgebender Ring erscheinen, der größer ist als die Lichtquelle des Staubteilchens. Auf dieser Erscheinung basiert Siedentopfs Ultramikroskop. Der Erfinder nimmt z. B. Glas, das mit Hilfe eines winzigen Teiles von Gold eine rubinrote Farbe erhalten hat, durch das Glas leitet er einen kräftigen Lichtstrahl in wogender Richtung und beobachtet ihn mit Hilfe eines im Winkel aufgestellten Mikroskops in senkrechter Richtung. Unter diesen Bedingungen bietet das durchsichtige Glas die Möglichkeit, seine innere Zusammenlegung zu beobachten. Man erkennt ausgereiznet, daß das Glas seine Färbung unendlich kleinen Partikelchen, dem im Guß geschmolzenen Golde, verdankt. Noch interessanter ist die Beobachtung reiner Gold- und anderer Metalllösungen im Ultramikroskop. Wie das von glühenden, im ewigen Wechsel freilebenden und kimmernden Sternen besäte Firmament erscheinen und die Goldatome der Lösung. Es ist natürlich schwer, sich einen Begriff von der Winzigkeit der noch im Ultramikroskop sichtbaren Teilchen zu machen. Sechs Billionstel eines Millimeters beträgt der Durchmesser dieser Goldpartikelchen.

In denselben ultramikroskopischen Raumgrenzen bewegen sich auch die von radiographischen Apparaten registrierenden Substanzen. Der kleinste Teil eines Milligramms Radium gibt der Luft einen so starken Elektrizitätsgehalt, daß seine Galvanometer ihn verzeichnen können. Wie hart der Einfluß verschwindend kleiner Teile des Radiums ist, erhellt man aus dem Faktum, daß der amerikanische Vyhäker Rutherford zittert. In den Laboratorien der Universität zu Montreal haben alle Apparate und namentlich

die Elektroskope noch wenigen Jahren eine natürliche Ausstrahlungskraft erlangt, die 60 mal größer ist, als am Anfang der Untersuchungen, wo in den Laboratorien noch keine größeren Mengen von Radium vorhanden waren. Diese Fähigkeit, Strahlen auszusenden, wird nach Rutherford in Jahrhunderten noch erhalten. Es gibt, wie man sieht, viele Möglichkeiten, derart verschwindend winzige Teile von Körpern in Erscheinung treten zu lassen. Wer die interessante, mit noch kleineren Zahlen rechnende, ist die von Bunsen und Kirchhoff, den Erfindern der Spektalanalyse, geschaffene Methode. Man schützte zum Beispiel in die Flamme eines Bunsenbrenners etwas Salz, und sie wird sofort eine gelbe Farbe annehmen, etwas Natrium, und sie wird in schönstem Violett leuchten. Die Chemiker haben diese Erscheinungen für analytische Methoden ausgenutzt und daraus wichtige Anhaltspunkte für den Nachweis von chemischen Körpern durch Bestäubungen der Flammenfarbe gewonnen. Bunsen und Kirchhoff haben nun gefunden, daß ein dreimillionstel Teil eines Milligramms Kochsalz noch imstande ist, die Gasflamme gelb zu färben. Andere Salze brauchen schon relativ größere Mengen von ein tausendstel bis ein hunderttausendstel Milligramm.

Es gibt übrigens eine noch empfindlichere Methode als die Färbung der Bunsenflamme. Man läßt nämlich die Flamme vorher durch eine Salzlösung hindurchgehen und erodiert dadurch eine Empfindlichkeit, die den Radiums von so winzigen Teilchen chemischer Körper ermöglicht, daß es fast ungläublich erscheint. Hier einige Bspieren, nach verschwindende Partikelchen schon imstande sind, diese Gasflamme zu färben: Chrom einviertheilmillionstel, Kalzium einzehnmillionstel, Lithium vierzehnmillionstel, Natrium achtzehnmillionstel und endlich Strontium einhundertmillionstel Milligramm. Natürlich ist es absolut unmöglich, von diesen Mengen sich ein Bild zu machen, aber sie gar zu leben. Diese Zahlen sind nur durch Schlussfolgerungen festgestellt worden. Wir treten hier in Verhältnisse einer anderen Welt, als die unsere es ist. Der englische Schriftsteller Fournier hat schon vor Jahren der Behauptung Raum gegeben, daß es eine Welt „infra“ geben müsse, die ein getreues Spiegelbild unserer eigenen, daß sie nur kleiner sei, und zwar in dem unvorstellbaren Verhältnis von 1:10 000 Trillionen, ebenso eine Welt „supra“, die in der gleichen Proportion größer sei. Wenn wir betriebligen Spekulationen auch keinen Raum geben, so läßt sich doch die Welt in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen immer wieder neue Rätsel aufwirft, neue Welten dem menschlichen Geiste zur Forschung erschließt.

Theater i. d. Königgräberstr.: „Rosmersholm,“ von J. Ibsen.

Die Rosmersholm-Aufführung der Reinhard-Bernauerischen Direktion, in welcher man die aus den klassischen Ibsenaufführungen der Brahmischen Bühne noch in frischer Erinnerung lebende Rebekka der Jenee Triesch wiederholte, folgte der Darstellung der Kammerspiele im Abstand von nur einer Woche. Die wenige Schöpfungen auf dem Gebiete des bürgerlichen Dramas gibt es, die, vor die Probe einer so unmittelbaren Wiederholung gestellt, den Zuschauer in eine derartig intensive seelische Erregung des Mit-erlebens zu versetzen fähig wären? Nur der gedängte Reichtum in das Werk bearbeiteten und in höchster Konzentration entwickelten Begründungen ermöglicht eine solche Wirkung, die in dem eben erst Bekannten immer wieder bedeutsam Neues erkennen und empfinden läßt. Jedes Glied des Ganzen trägt das Gepräge innerer Unerschütterlichkeit. Und eng gezogenen Kreise wohnt ein Schicksal, das in naturalistischer fest gefasster Notwendigkeit an tiefste Lebensfragen einer mythischen Herleitung führt. Die Idee einer so reinster Geistigkeit sich erhebenden Liebe und ihrer betingenden Kraft, die — ein Grundgedanke Ibsens — in seinen Werken oftmals anklingt, hat in der Darstellung des Weges, den die schuldbeladene Leidenschaft Rebekkas hier bis zur Ueberwindung jeder letzten Selbstzucht durchdringt, dichterisch vollendete Ausgestaltung gefunden.

Die Rebekka der Triesch — das hat ihre Wirkung über die der Lucie Höflich in der Rolle noch hinaus — befah in der Erscheinung ein uns fremdartig Geheimnisvolles, jene Distanz, die den Zauber erst völlig verständlich macht, den die aus fernen Welten in das stille Rosmersche Heim Verschlagene auf die Umgebung ausübt. Sie hatte eine Partik, die, ohne dem Einbrüche der Willensmacht und äußerlichen Entschlossenheit irgendwie Abdruck zu tun, von vornherein auf den Umkreisung harmonisch abgestimmt erschien, die Rosmers vornehmte welche Güte in ihr auslöst. Und die Leiden-

schaft, im heimlichen Ringen mit Rosmers kranker Gattin zu schmählich böler Tat getrieben, zitterte dabei in werten Resonanzen nach. Erschütternd war der elementare Ausbruch des Glimmens, als Rosmer um sie freit und sie in plötzlicher Vergessen der Schuld, die sie auf ewig von ihm trennt, in seliger Hoffnung aufjubelt; erschütternd das Befehnis, das sie zur Sühnung ihrer Schuld und um den von grundlosen Selbstvorwürfen gemürdeten Freund aus seiner lärmenden Verwirrung zu befreien, abgibt; wie der aufkammernde Entschluß, zum Zeugnis ihrer Sinnesänderung in den Tod zu geben. Paul Otto spielte den Rosmer mit sehr nachlässigem Verständnis, freilich ohne jene Macht tragischer Schwere und Weisheit zu erreichen, die die Gestalt im Epile Winterkeins besaß. Sehr glücklich gelang dem Regisseur des Stück, Direktor Reinhard, sein Wendel, vor allem in der ersten Szene, wo der Vagant von seinem künftigen Triumphe schwärmt, wenn er die Jahrelang in seiner Seele aufgehäuften Gebantenstücke dem Volke offenbaren werde. Die eingeborene lombdianische Stille, die den idealistischen Schwärmer bei aller Tragik der Figur in ein verwunderlichselbes Verhältnis zu dem Hjalmar Elval rückt, trat da prägnant hervor. Eine Reifung ersten Ranges war Ludwig Dorkaus breit-schultriger, ehrenvoller, in seiner Festigkeit stets explosionsbereiter Rektor Kroll, mit dem leisen Einfluß drohiger Schulleistungsbedanterie. Auch Frieda Richards Hausdättern und Pichas Moriensgaard interessierten in ihren kleinen Rollen durch charakteristische Färbung, wenn auch die ausgeprochene Gebrechlichkeit, die dieser der Erscheinung des radikalen Journalisten gab, unzulänglich erschien.

Die Kostenfrage.

Die häufigen Anzeigen in der Tagespresse, in denen Korlen zu Preisen gekauft werden, für die man im Frieden schon eine Flasche billigen Weins kaufen konnte, beweisen, daß die Gewerbe des Wein- und Spirituolenhandels, auch der Stofffabrikation u. dergl. m. stark unter der Korlenknappheit leiden. Auch die Korlen sind heute öffentlich bewirtschaftet. Vor allem werden davon für Landesverteidigungszwecke Mengen gebraucht, gegen die aller Bedarf an Flaschenforlen, sowohl für das Heer, wie erst recht für die Zivilbevölkerung lächerlich gering ist. Die Bestellung der freigegebenen Mengen, die immer geringer geworden sind, erfolgt durch die Organisationen der erwerblichen Gewerbe. Es mußte aber immer mehr zu Korlenforlen gegriffen werden, die infolge der großen Ungleichheit des dazu verwendeten Rohstoffes überaus verschieden und im Ganzen recht minderwertig ausfallen. Aber selbst die Vergabe von Korlenforlen geht rasch ihrem Ende entgegen und immer mehr werden die Verbraucher auf — Holzschäbel angewiesen sein. Nun müssen Holzschäbel ganz genau auf den Flaschenhals aufgepaßt sein, wenn die damit verschlossenen Flaschen auch nur einigermaßen verbrauchsfähig sein sollen, so daß die Verwendung dieses neuen Korlenersatzes weit mehr Arbeit erfordert und sich dadurch erheblich teurer stellt. Diese Kosten müssen natürlich auch in dem Weinverkaufspreis zum Ausdruck kommen.

Kostzen.

— Volksschule. Der bisherige Oberregisseur Dr. Ludwig Berger ist aus dem Verband der Volksschule ausgeschieden. — Richard Strauß wird seine Berliner Tätigkeit verändern, und zwar verlassen. Wien hat, wie es scheint, einen wesentlichen Teil seiner Arbeitskraft für sich gewonnen. Ein Vertrag, der den Meister verpflichtet, sechs Monate als Stellvertreter der Operndirektor in Wien zu wohnen, soll nach der „Wol. Ztg.“ unmittelbar vor dem Abschluß liegen. — Hochparterre und Keller. Die Repräsentiere des Monarch-Theaters „Hochparterre und Keller“ spricht doppelgünftig; die unspannliche, wievielverdienigliche Sprache von Reiz und die hauburgisch herbe und beuene feines braven Bearbeiters Otto Ernst. In die angebotene Restrosche Pöffe „In ebener Erde und im ersten Stock“ hat Otto Ernst mit wenig Bedenken und viel Behagen allerhand spitzig Tölpelchen, aber auch neuzeitlich Klownisches, und überhaupt gemischtes Theater hineingetan. Der Voe unterhaltlicher Bühnenpöffe und sein waderer Zuschauer werden sich einigermassen furcht zu; aber die durchwandergeschickte Einflöchtigkeit, nebst glücklichen Trübungen und sinnigen Couplets, läßt ihre dicken, jähren, mässigen Einwürde. Unter Direktor Vorwärtens henzischer Anleitung trat man mit handfest tüchtiger Gewandtheit die zweckbewußte K'ronenge-Dinie. as.

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von S. St. Raymond. Wenn sie zu teuer sind, dann darf man sie überhaupt nicht verwenden. Dann gibt man eben lieber gleich die ärztliche Behandlung überhaupt auf. Beruhigen Sie sich, Herr Wyszocki. Bitte, setzen Sie sich. Sprechen wir doch wie gut erzogene Menschen. Hier haben Sie wieder Original Emser Wasser verordnet. Der Arbeiter hat zwanzig Flaschen davon ausgetrunken, das heißt zehn Rubel. Glauben Sie, daß ihm das Wasser geholfen hat? Er ist vollständig gesund geworden und geht seit einem Monat wieder zur Arbeit. Sehr erfreulich, sehr erfreulich. Glauben Sie aber nicht, daß er ebenso gesund geworden wäre, ohne sich mit dem Emser Wasser vollzusaufen, wie? Er wäre gesund geworden, aber erst nach zweimal so langer Dauer und bei einer Erholung auf dem Lande. Die Erholung hätte man ihm dringend anraten sollen. Es hätte uns nicht zehn Rubel gekostet, und er wäre grad so gesund geworden. Wo wollen Sie eigentlich hinaus? fragte Wyszocki lebhaft. Ich wollte Ihnen vor allem sagen, daß ich an alle diese Apothekermittel nicht glaube! Den Kranken soll man der Natur überlassen, und ich würde Ihnen raten, in Zukunft sich daran zu halten. Wir können uns nicht mit Philanthropie abgeben. Ja kann leider den Kranken nicht allein der erlösenden Natur überlassen, auch gefattet mir mein Gewissen nicht, die nicht völlig Geheilten zur Arbeit zu treiben. Was mich aber anlangt, ich kann jedergzeit gehen. Aber Doktor! Was sind Sie doch für ein unmaßstächtiger Mensch. Man kann sich doch offen und freundschaftlich mal austreden. Sie sind dieser Ansicht, ich jener. Setzen Sie sich doch, bitte, rauchen Sie eine Zigarette. Stanislaw nahm ihm den Hut ab, setzte ihn auf den Stuhl, drückte ihm eine Zigarette in die Hand und steckte sie ihm an. Herr Wyszocki, meine Tochter kommt heute zurück, mit Schmeißeln Gulspan. Soeben bekomme ich ein Telegramm

aus Alexandrowo. Sie möchte gern, daß Sie sie von der Bahn abholen. Schaja las die Depesche und sprach in sehr freudigem Ton: Also, — gehen Sie hin? Mit Vergnügen. Dann fahren wir zusammen, gut? Zum fünf-Uhr-Zug. Gut. Ich springe bloß noch ins Ambulatorium und komme gleich wieder. Stanislaw begleitete ihn bis zur Tür und drückte ihm die Hand sehr fest beim Abschied. Daß du ihn in Ruhe, Stanislaw... Er ist Rosas Protege. Sie hat eine Schwäche für ihn. Mag sie 'ne Schwäche für ihn haben, mag sie ihn empfangen, mit ihm spazierenfahren, wenn es sie amüsiert, aber weshalb sollen wir da bares Geld dazu legen? Na, still! Telephonier mal nach Haus, die Kinder sollen hergesehen werden, ich nehme sie mit zur Bahn und laufe ihnen Spielsachen unterwegs. Der Diener meldete feierlich einen Herrn v. Starza Starzewski, der sehr leise hereintrat und sich sehr vornehm verneigte. Ein angenehmes Lächeln umspielte sein langes und trockenes Gesicht. Mein Name ist von Starza Starzewski! Graf Heinrich hat mich bei dem Herrn Rat schon schriftlich empfohlen... Nehmen Sie Platz. Ja, richtig! Ja ja kein Stuhl mehr da. Nu, wir können das Geschäft auch stehend erledigen. Mein lieber Nachbar, Graf Heinrich, schiebe mir von Ihnen... Was sieht zu Diensten? Herr Rat wissen, daß Heinrich ein naher Vetter von mir ist, der Bruder meiner Mutter nämlich... Freut mich sehr. Mein Gut Starzow grenzt an die Besitzungen meines Veters; ein goldener Boden ist es, aber... nach den für die Landwirtschaft so schweren Jahren... Sie wissen doch, welche Konkurrenz uns Amerika macht?... Ich muß hier einfliegen, daß Starzow vierhundert Jahre im Besitz meiner Familie war. Eine lange Borspandung! brummte Schaja, die Nägel abbeißend. Dieses unspannliche, mühsam herausgepreßte Gerede machte ihn ungeduldig. Starza erzählte weiter von den Unglücksfällen, die ihn betroffen, von der Notwendigkeit eines Winteraufenthalts im Süden, sagte Details über sein Familienleben ein, über seine Gesundheit, trat von einem Fuß auf den andern, zwinkerte

mit den wimperlosen Augen und befahte immer selbst seine Ausführungen. Also... Was ist Ihre Spezialität, und was für einen Posten suchen Sie? unterbrach ihn Stanislaw. Unterbrich den Herrn nicht! Mein Sohn! stellte Schaja vor. Starza erhob verwundert die Augen und ließ sie über Stanislaw und Horn schweifen, lächelte bei der Vorstellung anämisch und verneigte sich vornehm. Ja bin in Cyrov in Galizien erzogen... Bei den Jesuiten! flüsterte Stanislaw dem Vater zu. Und... obwohl das Programm dieser Schulen sehr umfassend ist, ist es doch sehr allgemein... Dann hörte ich Vorlesungen an verschiedenen Fakultäten, konnte mich aber für kein spezielles Gebiet begeistern... und so verging die Zeit. Er entschuldigte sich lächelnd, sprach gleich wieder von der Landwirtschaft, klagte über die Notlage, die ihn sein Gut zu verkaufen zwang, erzählte von seiner Kaninchenzucht, usw. Es tut mir leid, daß ich für meinen Neben Nachbar, den Grafen Heinrich, nichts machen kann. Aber wir verfügen über keine Posten, die Ihren Fähigkeiten und Ihrem Stand entsprechen, sagte Schaja und begleitete den Aristokraten, der verlegen und unverständlich noch weiter lästete und mit entsetzten Augen die Anwesenden musterte, höflich zur Tür hinaus. Vielleicht versuchen Sie Ihr Glück bei Herrn Dorowicki; er baut jetzt eine Fabrik und braucht tüchtige Leute, gab ihm Schaja als Rat mit auf den Weg, setzte um, setzte sich und brach in ein ironisches Gelächter aus. Wissen Sie, Herr Horn, warum wir solche von Starzewski nicht anstellen. Sie zum Beispiel dagegen aufnehmen? Weil wir Demokraten sind. So'n gräßlicher Vetter, das ist ein aristokratischer Tölpel, das ist ein Prachtstück, das man zur Schau herumschleift! In der Fabrik muß man aber arbeiten, und es kommt manchmal verschieden. Und wenn solchem Herrn mal was passieren sollte, wenn er sich einmal durch eigenes Verschulden in unsere Dinsten einen Nagel brechen würde, dann würden gleich alle europäischen Höfe intervenieren und ihn reklamieren. Was soll uns so 'ne diplomatische Geschichte? Wir ziehen anspruchslose Leute vor, solche, die keine gräßlichen Vettern haben... Zwei Damen traten jetzt ein. Stanislaw ging ihnen entgegen und Schaja erhob sich.

Chronik des Sultans.

Konstantinopel, 18. Oktober. Die Kammer wurde heute mit einer Chronik des Sultans eröffnet. Die Chronik erinnert an die schwere Lage, in die die Türkei durch den Zusammenbruch Bulgariens geraten sei. Sie habe durch ihre Friedensangebote gemeinsam mit den Verbündeten einen für die durch die Wirkungen des langen Krieges heimgegriffenen türkischen Nation und die heldenhafte Armee ehrenvollen Frieden herbeizuführen versucht. Vereint mit den Rittmächten habe die Türkei die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Landes getroffen. Der Sultan hoffe auf einen günstigen Ausgang, und daß die Armeen den während des Krieges erworbenen Ruhm bis zum Ende bewahren. Er siehe zu Gott, daß er die türkische Nation vor Zusammenbruch und Verzweiflung behüte und Spaltungen und Streitigkeiten nicht zulasse.

Die Kammer wählte Hallil mit 70 Stimmen zum Präsidenten gegen 50, die für Fezi waren. Riza Pascha wurde zum Senatspräsidenten ernannt.

Die Frontverlegung zwischen Oise und Aisne

Berlin, 14. Oktober. (WZB.) Die deutsche Frontverlegung zwischen Oise und Aisne ist planmäßig durchgeführt worden. Die deutschen Nachhut, von einzelnen am Feinde gelassenen Batterien und Geschützen unterführt, hielten die nur vorsichtig und langsam nachdrängenden Franzosen in respektvoller Entzweiung. Die Franzosen beschränkten sich in der Hauptsache darauf, die Ortshäuser im deutschen Hinterlande mit Bombengeschwadern anzugreifen.

In der Zwischenzeit wurde von den Deutschen in aller Ruhe die ungeheuerere Arbeit der Rückverlegung der Linien durchgeführt. Es handelt sich dabei nicht nur um die Abwehr der gesamten Kriegsmaschinen und die Räumung großer Munitionsbestände und Verpflegungsmagazine, sondern um den Abbau zahlreicher Feststellungen zur Infanterie von Geschützen, Maschinengewehren usw. mit allen Maschinen und Vorräten an Ersatzteilen.

Berlin, 14. Oktober. (WZB.) Die schwierige Räumung des Chemin des Dames konnte ohne Störung vom Gegner planmäßig durchgeführt werden. Während vorn die Infanterie die Franzosen beschäftigte, konnte nicht nur die gesamte Artillerie mit allen Munitionsvorräten zurückgeschafft, sondern gleichzeitig auch durch Bionierkommandos alle Unterstände, Öhlen und Stützpunkte abgeräumt werden. Als alles zurückgeschafft war, begann auch die Infanterie sich unbemerkt vom Feinde zu lösen. Statt Kampfpotenzialen bedienten ihren Abmarsch. Erst viele Stunden nach dem glücklich vollendeten deutschen Rückzug merkten die Franzosen, daß sie nur noch schwache Kräfte vor sich hatten, und begannen nachzudrängen. Hinter einer Reihe von Hundern, die verborgene deutsche Maschinengewehre und Stützpunkte der Kampfpotenziale verbergen sollten, ging die französische Infanterie vor. Allein die deutsche Kampfpotenziale ließen sich durch diese neue Kampfmethode nicht schrecken und hielten die französische Infanterie so energisch ab, daß der Gegner erst Artillerie aufmarschieren lassen mußte. Erst nach tagelangen Kämpfen unter schweren Verlusten vermachten die Franzosen ein Gelände zu besetzen, das die deutsche Oberste Heeresleitung planmäßig aufgegeben hatte.

Das gleiche Wahlrecht gesichert.

Die Konservativen geben den Widerstand auf.

Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat in einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

In der Stunde der höchsten Not des Vaterlandes und in der Erwägung, daß wir auf schwere Kämpfe für die Unversehrtheit des vaterländischen Bodens gerüstet sein müssen, hält es die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für ihre patriotische Pflicht, alle inneren Kämpfe zurückzustellen. Sie ist gewillt, zu diesem Zwecke auch schwere Opfer zu bringen. Sie glaubt nach wie vor, daß eine weitgehende Stabilisierung der preussischen Verfassung nicht zum Besten des preussischen Volkes dienen wird, ist aber bereit, den Widerstand gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen entsprechend dem jüngsten Beschlusse ihrer Freunde im Herrenhause aufzugeben, um die Bildung einer Einheitsfront nach außen zu gewährleisten.

Hätte Herr v. Seydebrandt diese Erklärung vor Monaten abgegeben, als die Regierung zum erstenmal die Vorlage im Abgeordnetenhaus einbrachte, so wäre sie zweifellos ein Verdienst und ein Beweis politischer Weitsichtigkeit gewesen. Aber damals klang es von konservativer Seite ganz anders, damals schlug Herr v. Seydebrandt die schärfsten Töne der Entrüstung gegen die Regierung an. Heute wird sich niemand über die Gründe dieses Beschlusses auf Widerstand täuschen.

Aburteilung der Schuldigen.

Ein Beschluß des bayerischen Landestags.

Der in München tagende Landestag der sozialdemokratischen Partei Bayerns hat nach einem Referat des Parteivorstandsmitgliedes Hermann Müller folgende Entschlieung angenommen:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofes zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die während des Krieges die Verantwortung tragen für den unglücklichen Kriegsausgang und für die Taten und Opfer, die wir während und nach dem Kriege zu tragen haben. Diese Untersuchung hat vor keiner auch noch so hochstehenden Person haltzumachen. Ferner fordert der Parteitag eine nach dem Willen des Volkes durch Gesetz herbeizuführende Strafauslösung und Unterbindungseinstellung bezüglich aller politischen Verbrechen und Vergehen, ferner aller nicht aus unehrlcher Gesinnung erwachsenen militärischen Verbrechen und Vergehen. Unter Betonung der sozialdemokratischen Grundzüge fordert der Parteitag die Ueberführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Verwaltung des Volkes im Reich, Staat und Gemeinde. Zur Verhinderung künftiger Kriege und zum Wiederaufbau menschlicher Kultur ist die preussische Angliederung an einen Bund der freien Völker notwendig.

Die Forderung nach der Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur Aburteilung aller Schuldigen findet unsern vollen Beifall. Zweifelhaft sein könnte nur, ob jetzt schon, solange der Frieden noch nicht unter Dach und Fach ist, der geeignete Zeitpunkt hierfür gegeben ist. Aber spätestens eine Woche nach Friedensschluß muß dieser Ausschuh in Funktion treten und dann sollte er seine Untersuchungen über die gesamte Kriegsdauer wie auch die Vorzeit des Krieges erwidern. Aber klar muß heute schon ausgesprochen werden: die Demokratie denkt nicht daran, die Sünden derer, die vor ihr regierten, unter ihren Mantel zu nehmen!

Am Vorabend der Wahl in Berlin I.

Scheidemann für Heimann.

In einer überfüllten Wählerversammlung in den Sophienjahren sprach gestern Abend Genosse Philipp Scheidemann für die Kandidatur des Genossen Hugo Heimann. Seine Rede, die häufig von Beifall unterbrochen wurde und zum Schluß stürmische Kundgebungen der Zustimmung auslöste, hatte folgenden Wortlaut:

In entscheidungsvoller Stunde des Reiches sind Sie berufen, als erste aus dem Volke Ihre Urteile abzugeben über die Richtung, die die Politik des Reiches seit dem Eintritt meiner Partei in die Regierung eingeschlagen hat.

Sie werden dieser Politik am deutlichsten Ihre Zustimmung erteilen, wenn Sie, worum ich Sie bitte, Ihre Stimmen auf den Namen meines Freundes Hugo Heimann vereinigen. In dieser Zeit, in der der Reichstag nicht mehr ein ausgelesenes Schmuckstück der deutschen Verfassung darstellt, sondern ihr wesentlichster Bestandteil geworden ist, braucht die Volksovertretung mehr denn je Männer, die imstande sind, mit weitem Blick für das Ganze die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung wahrzunehmen. Der einzige Kandidat der in dieser Beziehung volle Gewähr für ein erfolgreiches Wirken bietet, ist Hugo Heimann. Er ist vor 20 Jahren aus den Kreisen des Bürgertums in voller Begeisterung für unsere große Sache zu uns gekommen, er hat an der Stelle, an die ihn die Partei gestellt hat, in der Berliner Kommunalverwaltung, hingebend und erfolgreich gewirkt. Er hat dies getan, ohne irgendein Aufwands mit seiner Person zu machen, ohne Verlangen nach Ruhm und Gewinn. So ist er nicht nur ein ausgezeichneter sozialdemokratischer Parteigenosse, sondern auch ein vorbildlicher Bürger, ein Mann von reichen Erfahrungen, der bei jeder sachlichen Arbeit für das Wohl des Volkes auf dem Vortritt sein wird.

Geben Sie uns diesen Mann für den Reichstag, wir brauchen ihn!

Rein Parteigenosse Hugo Heimann steht auf dem Boden der Politik, die wir seit Beginn des Krieges getrieben haben. Nichts hindert ihn an uns als seine eheliche Liebesbeziehung und das unerschütterliche Gefühl der Zusammengehörigkeit, das in zwanzigjähriger gemeinsamer Arbeit festgewurzelt ist. Aus dieser Liebesbeziehung billigt er auch den letzten bedeutungsvollen Schritt, den wir unternommen haben. Wenn er sich selber darüber äußern will, so möchte ich ihm nicht vorgreifen. Aber da ich einer der Hauptbeteiligten, um nicht zu sagen Hauptleidtragenden, bei diesem Schritte bin, möchte ich mir erlauben, Ihnen in einigen Worten auch meine Meinung darüber vorzutragen.

Als vor einem Jahre die Frage zum ersten Mal an uns herantrat, uns an einer Regierung zu beteiligen, die nicht nur aus Sozialdemokraten besteht, sondern an der auch bürgerliche Parteien teilnehmen, sagte ich, wenn man sich heutzutage auf einen Ministerstuhl setzen will, so sei das unmöglich, als ob man ohne Rücksicht auf einen Ameisenhaufen Platz nähme. Das war ein Scherz, aber die Dinge sind heute ernst geworden, und die Zeit zum Handeln ist für uns gekommen. Wir sollten uns in der Sache: Wenn wir einmal in die Regierung hineingehen, dann dürfen wir es nicht so tun, daß wir beim Eintritt in unser Amt unsere Gesinnung in der Garderobe abgeben.

Sozialdemokraten als Minister können nur dann dem Volke etwas nützen, wenn sie als Minister Sozialdemokraten bleiben. Ich möchte fast sagen, wenn sie doppelt und dreifach fest stehen in den Ueberzeugungen, die sie sich in diesem Kampfe für die politische Freiheit und die wirtschaftlichen Interessen des werktätigen Volkes erungen haben. Sozialdemokraten dürfen nicht in die Regierung eintreten, wenn sie ihr, ohne an ihrem Wesen etwas zu ändern, als geschickte Wärtelchen dienen sollten.

Sie besitzen nur ein einziges, wenn sie unabhängig sein wollen, das durchgehende, das durchgehende, was im Augenblick das Entscheidende, das unbedingt Notwendige ist. Dazu war vor einem Jahre die Zeit noch nicht reif, jetzt ist sie es. Ich will heute keine Vorwürfe darüber erheben, daß es so lange gedauert hat, bis die Hindernisse beseitigt werden konnten, die sich nicht dem Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung, sondern der Einwirkung sozialdemokratischer Grundsätze auf die Regierung entgegenstammten. Sie wissen alle, daß

verhängnisvolle Fehler

begangen worden sind, Fehler, die sich jetzt an unserem Volke aus schwerer rächen. Und ich glaube, die meisten von Ihnen werden mir zustimmen, wenn ich sage: Es wäre besser gewesen, wenn wir das, was wir jetzt durchgesetzt haben oder durchsetzen wollen, schon viel früher hätten durchsetzen können: die durchgreifende Demokratisierung Deutschlands, die Autonomie des Reiches, die nationale Gleichberechtigung der politischen Mitglieder im Rahmen des Deutschen Reiches, den Fortschritt der Zivilgewalt über eine politisch dilettantierende Militärverwaltung, aufrechtstehendes und unabweisbares Bestreben zum Völkerverständnis, klare und offene Sprache über Religion. Es wäre besser gewesen, man hätte unseren Rat gehört in jener verhängnisvollen Periode der auswärtigen Politik, die dem Ausbruch dieses entsetzlichen Krieges voranging, vor der Erklärung des unbedingten U-Boot-Krieges beim Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk. Sie alle haben diese Ereignisse mit leidenschaftlicher Spannung verfolgt und kennen unsere Haltung. Sie sind regelmäßig in schärfstem Gegensatz zu dem, was wirklich geschah und was, wie wir jetzt alle wissen, zum Schaden des deutschen Volkes geschah. Wir haben daran keinen Anteil, tragen dafür keine Verantwortung.

Sozialdemokratische Friedenskundgebungen

Eine Massenversammlung der Sozialdemokratie in Frankfurt a. M. nahm nach einem Referat des Genossen Dr. Quard einstimmig folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung frankfurter Arbeiter und Arbeiterregierung und diese selbst als eine Erklärung von langem Trauer, wünscht ihren Schritten für einen Reichsfrieden und für die demokratische Neugeburt Deutschlands vollen Erfolg und verpflichtet sich wie ein Mann in allgemeiner Disziplin und Organisation hinter die neue Volkspolitik und ihre weiteren Fortschritte bis zur völligen Befreiung Deutschlands von Kriegsnut und alldeutscher Inakzeptanz zu stellen.

Obwohl bekannte sich eine von mehr als 1600 Männern und Frauen besuchte große Volksversammlung in Harburg a. S. nach einem Referat des Genossen Hantsch gegen ein halbes Dutzend unabhängige Stimmen einstimmig zu der von der Partei am 6. Okt. beschlossenen Politik.

Als Demokratie! Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“, wie andere Blätter ihres Schlags, befreit, die Verantwortung für die letzte Lage von den Alldeutschen abzumanteln, verfällt in ihrer Montagnummer auf die Ausrede, die Alldeutschen, die nach ihrer Ansicht die große Mehrheit des Volkes ausmachen, hätten niemals während dieses Krieges einen bestimmenden Einfluß ausüben können. So? Warum ist dann die „Tägliche Rundschau“ nicht mit uns für die sofortige Demokratisierung Deutschlands eingetreten? Das wäre ja das unerschütterliche Mittel gewesen, um der großen Mehrheit des deutschen Volkes den entscheidenden Einfluß zu sichern. Aber die „Tägliche Rundschau“ hat die Demokratisierung bis aufs äußerste bekämpft, ein Zeichen, daß sie mit dem Einfluß ihrer Richtung unter dem nichtdemokratischen System äußerst zufrieden war.

Aber woran wir Anteil haben, ein Anteil, zu dem wir und mit ungebeugtem Stolz bekennen, das ist die

Verteidigung unseres Landes

gegen eine erdrückende Hebermacht. Das Volk, ganz besonders auch der sozialdemokratische Teil des Volkes, hat seine Sache in diesem Kriege gut gemacht. Und wenn der Erfolg, für den es blutete und litt, nicht eintrat, so kam das daher, weil man wohl seine Stimme, gehorsame Kraft gebrauchte, nicht aber seine Stimme erhob. Jetzt hört man seine Stimme, nun man sie hören, das Volk fordert im Innern jede politische Freiheit, bereit sich irgend ein anderes Volk der Welt erziehen darf. Es verdient nach seinen ungeheuren Leistungen diese Freiheit wachlich nicht weniger, als irgend ein anderes. Das Volk verlangt das Ende dieses ungeheuren Völkergemeißels durch einen Frieden, der die Wiederholung einer solchen Katastrophe für alle Zeiten ausschließt.

Nur in der unbedingten Sicherheit des künftigen Friedens, in der Befreiung von den Lasten eines neuen Weltkriegs in der vollen Freiheit seiner politischen Betätigung im Innern erblickt es die Möglichkeit seiner Erhebung aus diesem Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation und seiner Wiedergeburt.

In diesem Sinne haben wir

an den Präsidenten der Vereinigten Staaten

geschrieben, in diesem Sinne haben wir keine drei Rückfragen beantwortet. Wir Sozialdemokraten werden zuverlässig und vertrauensvoll an den Verhandlungen teilnehmen, weil wir den Glauben an die Menschheit nicht verloren haben. Die Welt hat kein Interesse an der Befriedigung einer blinden Rachsucht, die sich am deutschen Volke austoben will. Sie hat kein Interesse an einem getrennten, geschiedenen, verarmten Deutschland, das in seinen Fesseln sitzt und von Rindeln der Verzweiflung keine Befreiung erbittet. Die Welt hat kein Interesse daran, Deutschland mit Arbeitslosigkeit zu bestrafen, denn sie braucht die Arbeit des deutschen Volkes, und sie weiß, daß Sklavenarbeit schlecht rentiert und nur freie Arbeit sich belohnt macht.

Das Programm des Präsidenten Wilson gipfelt in dem Bekenntnis zu der Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker, und das ist, wie ich schon früher bei den programmatischen Kundgebungen des Präsidenten Wilson oft gesagt habe, auch das Programm der deutschen Sozialdemokratie. Wir wollen auf die Friedenskonferenz gehen, um dort maßgeblich das Recht unseres Volkes auf

Freiheit und Gleichberechtigung

zu verteidigen, aber auch freimütig zu erklären, daß wir für alle Seiten darauf verzichten, die Rechte fremder Völker zu kränken. Daß der kommende Frieden uns auch Leistungen auferlegen wird, die wir als Opfer empfinden, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Wir alle sind von dem schmerzlichen Gefühl dieser Vorstellung durchdrungen, müssen aber mühsam genug sein, aus einer gegebenen, nicht von uns und nicht vom deutschen Volke verschuldeten Lage, die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Aber für das, was wir heute als Opfer empfinden, werden wir reichlichen Ersatz finden, wenn das Programm des Präsidenten Wilson, was uns berechtigt ist und wofür wir uns nachdrücklich einsetzen wollen, als ein unteilbares Ganzes durchgeführt wird. Dieses Programm beruht auf, um es noch einmal zu sagen, wirtschaftliche Gleichberechtigung und politische Freiheit aller Völker und einen dauernden, von keiner Kriegsgefahr mehr umdröhten Frieden. In einem solchen Frieden wird das deutsche Volk auch nicht verelenden und verhungern, sondern es wird arbeiten und reichlichen Lohn finden; es wird seine Wunden heilen und eine Generation vorangehen, als ein freies und glückliches Volk zu empfangen.

Daß dieses künftige Glück nur durch eine tiefgreifende Reform unserer Wirtschaftsverfassung

im Geiste des Sozialismus,

der sozialen Solidariät zu erreichen ist, das ist meine, das ist unsere, das ist ganz besonders auch meines Freundes Hugo Heimann heilige Ueberzeugung.

Drum noch einmal, helfen Sie uns, sprechen Sie, indem Sie heute alle für Hugo Heimann stimmen, unserer Politik Ihre Billigung aus. Sie sind nur ein kleiner Ausschnitt des deutschen Volkes, aber Sie haben als erste das Wort, und das deutsche Volk, die Welt hört auf Sie. Wenn heute der sozialdemokratische Kandidat als gewählt hervorgeht, so wird das das deutlichste Zeichen dafür sein, daß unser Volk entschlossen ist, aufrecht den Weg zu einem dauernden Frieden der Gerechtigkeit für alle und der Freiheit für alle zu gehen. Drum noch einmal, heute alle Mann für die Sozialdemokratie!

Alle Mann für Hugo Heimann!

In der folgenden Debatte entwickelte Genosse Hugo Heimann noch einmal unter lebhaftem Beifall sein Programm, wobei er sich sowohl mit den Fortschrittler wie mit den Unabhängigen auseinandersetzte. Dann nahm der Kandidat der Unabhängigen, Richard Müller, das Wort, dem Richard Fischer entgegentrat. Hier setzen wieder die tödlichen Störungen ein, die dadurch möglich waren, daß gegen Schluß zahlreiche Nichtwähler gewaltsam in den Saal drangen und pekuniellen. Die Versammlung endete unter starker Unruhe.

Letzte Nachrichten.

Lord Haldane über den deutschen Friedensschritt.

Amsterdam, 14. Oktober. Aus London wird gemeldet: Lord Haldane, der ehemalige Seeflanier und Kriegsminister sagte in einem Interview: Ich glaube, daß Wilson keinen über-eilten Schritt tun wird. Es wäre unsicher, ein Abkommen ohne gute Bürgschaften, daß es auch ausgeführt wird, abzuschließen.

Der Sozialistenführer Hyndman erklärte, daß kein Waffenstillstand zustande kommen dürfe, ehe die deutschen Armeen aus dem besetzten Gebieten zurückgegangen sind. Die Deutschen befänden sich in der Gefahr einer Unterwerfung ohne Beispiel in der Geschichte. Warum sollten die Alliierten diesen Vorteil aufgeben?

Richard Strauß und Wien.

Wien, 14. Oktober. Die Wälder berichten über die Verhandlungen mit Generalmusikdirektor Richard Strauß, daß es in hohem Grade wahrscheinlich sei, daß Strauß vom Dezember 1919 ab dem Verbande der Wiener Hofoper angehören werde. Der Künstler soll auf die künstlerische Leitung der Hofoper wachgebenden Einfluß ausüben. Mit den administrativen Angelegenheiten der Hofoper werde sich Strauß nicht beschäftigen. Ansonst würde es die Entfremdung Straußes an.

Silva Tarouca österreichischer Ministerpräsident?

Wien, 14. Oktober. Die Alltagsblätter melden, der Kaiser habe das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten Hofschierers von Duffarell angenommen und den Grafen Silva Tarouca mit der Bildung des Kabinetts betraut. Eine Bekräftigung dieser Meldung liegt nicht vor.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung in der Dresdener Zigarrenindustrie.

Der Verband sächsischer Zigarrenfabrikanten erhöhte vom 24. August d. J. an die bisherige Feuerungszulage für die Sortierer und Packmänner auf 50, für die Zigarren- und Wickelmänner sowie für die auf 75 Prozent; weitere Zulagen für die im letzten Lohn beschäftigten Hilfsarbeiter überließ er dem Ermessen der Fabrikanten. Die Arbeiterschaft hatte eine Erhöhung der Zulagen auf 100 Prozent gefordert und begründend ausgeführt, daß neben einem Ausgleich gegenüber der gewaltigen Preissteigerung aller Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände, Wohnungsmieten, Steuern usw. auch ein Ausgleich für den durch die erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmaterials verursachten Verdienstausfall herbeigeführt werden müsse. Die von den Unternehmern bewilligte Zulage blieb weit hinter der geforderten Erhöhung zurück und sie mußte nach Lage der Verhältnisse von der Arbeiterschaft als durchaus ungenügend bezeichnet werden.

Die Zigarrenarbeiter sind auch noch dadurch besonders benachteiligt, daß wegen des Tabakmangels und der Streckungsbestrebungen die bisher besseren und demzufolge höher bezahlten Sorten und Arbeiten nicht mehr angefertigt, und daß durch die weitere Erhöhung der Gewichtsmenge Rohstoff zur Herstellung von tausend Stück Zigarren auf nur sieben Kilogramm nur noch kleinere und gewöhnliche Sorten oder Arbeiten hergestellt werden, wofür wesentlich niedrigere Grundlöhne in Geltung sind. Durch diese Verschärfung der Fabrikation tritt eine weitere Verschlechterung der Verdienstmöglichkeit ein. Eine weitere Wirkung in dieser Hinsicht ist durch die zunehmende Verwendung und Verarbeitung der deutschen Tabake gegeben.

Unter den geschilderten Verhältnissen leiden alle Arbeiter der Zigarrenindustrie fast gleichmäßig, so daß eine unterschiedliche und schlechtere Behandlung der Sortierer und Packmänner sowie der sonstigen Hilfsarbeiter bei der Bemessung der Zulagen jeder Begründung entbehrt. Daher sah sich die gesamte Dresdener Zigarrenarbeiterchaft veranlaßt, erneut ihre Forderung auf die einheitliche Erhöhung der Feuerungszulage auf 100 Prozent geltend zu machen und außerdem noch bei der Verarbeitung von deutschem Tabak eine Erhöhung der Grundlöhne um durchschnittlich 30 Prozent zu verlangen mit der Mahnung, daß die neuen Zulagen vom 14. Oktober ab in Kraft treten sollen.

Mindestlohngebalt für Tapeziererlehrlinge.

Die Tapezierer-Innung Groß-Berlin beschloß in der Quartalsversammlung am 9. Oktober 1918, den Mindestlohngebalt für ihre Lehrlinge wachsend wie folgt festzusetzen: Im ersten Lehrjahre 6 M., im zweiten 9 M., im dritten 12 M. und im vierten 15 M. — Die Mitglieder der Innung sowie die Eltern und Vormünder der Lehrlinge werden ersucht, dies bei Abschluß von Lehrverträgen zu beachten.

Wendelin Berlinger, wohl das älteste Mitglied der deutschen Buchdruckerorganisation, ist, 85 Jahre alt, in Mainz gestorben. Schon in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gehörte er den lokalen Buchdruckerlogen in Darmstadt und Frankfurt a. M. an, 1863 trat er dem in Mainz gegründeten Mittelrheinischen Buchdruckerverband, aus dem sich später der Reichsverband entwickelte, bei. Berlinger, der viele Vertrauensposten bekleidete, beging schon 1860 sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum. Bis in die letzte Zeit seines Lebens nahm er regen Anteil am Verbandesleben seiner Organisation und besuchte deren Versammlungen regelmäßig.

Parteinachrichten.

Zur Gründung einer kommunistischen Partei fordert ein Aufruf auf, der von Fritz Prenten-Romawos unterzeichnet und in Uebereinstimmung mit der Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands und der Berliner Linksozialisten verfaßt ist. In dem Aufruf wird behauptet, daß die wesentlichen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen nur scheinbare sind. Die Unabhängigen seien von den Sozialdemokraten durch nichts unterschieden, als durch das „Wünschen eines schädigen Sozialismus“, mit dem sie sich unteilbar. Die Kommunisten wollen an Stelle der beiden Zweige der Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften, die Einheitsorganisation, die keine Trennung kennt in den Aufgaben der Arbeiterbewegung, die Klarheit und es läßt sich aussprechen, daß jede, auch die kleinste Betätigung des Proletariats, getragen und durchdrückt sein muß vom Geiste des Kommunismus, weil die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung der Menschheit überhaupt, die Befreiung der Massen von der Ausbeutung, nicht erreicht wird durch einfache Lohnerhöhung und Arbeitsverfälschung, auch nicht durch das gleiche Wahlrecht und das parlamentarische System, sondern einzig und allein durch den Kommunismus.

Derartige Sektenbildungen sind eine natürliche Folge der unheilvollen Parteispaltung. Sie werden vergehen, wie die Unabhängigenbewegung selbst vergehen wird, drohen aber der Bewegung

mit Beschleunigung in einer Zeit, in der sie einstweilen am ehesten gebräuchlich.

Im neuen Deutschland.

Ueber dieses Thema sprach in einer von mehr als 1500 Männern und Frauen aller Bevölkerungsschichten besuchten Massenversammlung in Harburg Genosse Landtagsabgeordneter Gaenisch. Drei oder vier „Unabhängige“ versuchten, durch unqualifizierbare Zwischenrufe, in denen sie die neuen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder wüßte beschimpften, die Versammlung zu stören, wählten dann aber den besseren Teil der Zäpferlei, indem sie von der ihnen ausbrüchlich zugesicherten Diszipliniertheit keinen Gebrauch machten. Am Schlusse der Versammlung konnte der Vorsitzende feststellen, daß die Versammlung einmütig den Darlegungen des Referenten über die weltpolitische und innerpolitische Situation zustimme und insbesondere den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung rückhaltlos gutheiße.

Für Frieden und Neuorientierung.

Ueber dieses Thema referierte in einer überaus stark besuchten Versammlung in Rittenburg Reichstagsabgeordneter Genosse Käppler. Nach den mit starkem Beifall aufgenommenen trefflichen Darlegungen des Redners und einer anschließenden Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Volksversammlung erklärt sich mit der Haltung unseres Vertreters im Reichstages einverstanden.“

Sie spricht die dringende Erwartung aus, daß die von den Reichstagsparteien des Reichstages angestellten Forderungen unbergänglich durchgeführt werden. Vor allem erwartet sie, daß von der neuen Reichsregierung alles geschieht, um zu einem baldigen, gerechten Frieden mit offen am Kriege beteiligten Völkern zu kommen, sowie daß eine durchgreifende Verbesserung in der Lebensmittelversorgung schleunigst erfolgt.

Die Versammlung erwartet, daß alsbald eine Amnestie für alle politisch Verurteilten ausgesprochen wird.

Ferner erwarten wir von unserer Landesregierung, daß auch sie unverzüglich die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Ausführung bringt.“

Eine Resolution ähnlichen Inhalts fand auch in einer Casseler Parteiversammlung einstimmige Annahme, nachdem dort Genosse Hauschild ein scharfes Bild der gegenwärtigen politischen Lage gezeichnet hatte.

Erklärung. Wir erhalten folgende Zuschrift: Nach der „Leipziger Volkszeitung“ hat die Rigische Zeitung vom 30. September ein Dankschreiben mehrerer Reichstagsabgeordneter veröffentlicht, die vor einigen Wochen eine Reise durch die Ostseeprovinzen unternommen haben. In dieser Dankagung heißt es: Gott gebe, daß sie (die baltischen Länder), dem (deutschen) Mutterlande fest angeschlossen, einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Unter den Unterschriften befindet sich auch mein Name. Das blinde Glauben in der „Leipziger Volkszeitung“, das schon seit Jahren hier alles aufweist, was es glaubt, gegen mich verwenden zu können, hat auch diesmal wieder kein Korn gesunden. Ich weiß nichts von einem derartigen Dankschreiben und wenn mein Name wirklich unter ihm steht, so ist er ohne mein Wissen darunter gekommen.

Dr. Paul Benck.

Industrie und Handel.

Kräftige Besserung der deutschen Währung.

Ungefähr vor einem Jahre ist von einem baltischen Professor der Technischen Hochschule in Charlottenburg, namens Jürg, der folgenden Versuch unternommen, daß die deutsche Währung von jedem Fortschrittschritt der deutschen Regierung höchst ungünstig beeinflusst worden ist. Wie lächerlich, ja berüchtelt das ist, beweist nicht nur die Tatsache, daß die Antwort der deutschen Regierung auf die Rückfragen Wilsons zu einer kräftigen Haufe der Reichsmark an allen neutralen Börsen geführt hat, obwohl die politische Lage Deutschlands nicht eben rosig ist. Schon in der abgelaufenen Woche haben sich sehr merkwürdige Preisbesserungen dargestellt, die am Montag eine kräftige Fortsetzung erfuhren. Nach den vorliegenden Meldungen notierte die Mark in Zürich 80—88 (Sonntagsabend Schluss 77½), die österreichische Krone 50—58 (48½). Nach den aus Amsterdam vorliegenden Nachrichten wurde dort die Mark mit 39 nach Gulden gehandelt (87,80), die Krone mit 27½ (23%).

Erntebericht.

In der Witterung waren auch in der abgelaufenen Woche wieder größere Schwankungen zu verzeichnen, es kamen doch noch des öfteren weicherwetterte, kräftige Regengüsse nieder, im allge-

meinen aber überwiegt das kalte Herbstwetter. Dabei ist allerdings eine Einschränkung zu machen: die Temperatur war niedriger, als man es vom ersten Oktoberdrittel eigentlich gewohnt ist, und es kam wieder mehrfach zu leichten Nachfrösten. Viel Schaden dürften sie wohl nicht angerichtet haben, sie mahnen aber zur Verschleunigung der Herbstarbeiten, vor allem auch des Einmieten der Kartoffeln. Ueber deren Beschaffenheit lauten die Urteile auch weiter sehr verschieden, jedoch überwiegen die günstigen. Man darf dabei allerdings die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß es sehr schwer ist, sich im Herbst ein Urteil über die Haltbarkeit der Kartoffeln zu bilden.

Aus Oesterreich-Ungarn kommen ähnliche Klagen über das Wetter, wie sie auch in den letzten Berichten aus Deutschland an dieser Stelle erwähnt waren. Risse und Kälte haben auch in der Donaumonarchie die Feldarbeiten behindert und Befürchtungen wegen der Kartoffeln und des Reises hervorgerufen. Auch dort ist aber das Wetter wieder besser geworden, und man darf hoffen, daß keine größeren Schädigungen erfolgt sind.

Der Saatensandbericht aus der nordamerikanischen Union zeigt gegen das Vorjahr eine wesentliche Besserung. Es ist bemerkenswert, wie allgemein die Erhöhung der Raten ist und um wieviel höher man namentlich die Pflanzente einkauft. Die Märkte des Landes haben infolge der guten Beurteilung der Ernteaussichten, des günstigen Wetters und der großen Zufuhren erneut starke Preisermäßigungen zu verzeichnen, vor allem für Reis, der heute etwa ein Viertel billiger ist als vor einem Monat. Die Weizenbestände in den öffentlichen Lagern sind jetzt auf die außergewöhnliche Höhe von mehr als 2,8 Millionen Tonnen gestiegen; es scheint beinahe, als ob neben allem anderen auch Absatzmöglichkeiten in solchem Maße anzuwachsen ließen.

Auch die letzten Berichte aus Argentinien klagen wieder über Regenmangel in einer Reihe wichtiger Bezirke. Die Bestände sind etwas gestiegen, die Preise für Weizen und namentlich für Reis haben nachgegeben.

Auch aus den letzten Zusammenstellungen des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom geht hervor, daß die Weltweizenernte in diesem Jahre erheblich größer ist als 1917. Bei den zurzeit aufkommenden Ländern der nördlichen Halbkugel, unter denen sich die Union, Kanada und England befinden, beträgt das Mehr gegenüber 1917 17,1 Proz. gegenüber dem Mittel der vorangegangenen 5 Jahre 7,8 Proz.

Soziales.

Unfallzuschuß zu Renten aus der Gefangenen-Unfallfürsorge.

Nach dem Gesetz betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900 sind Strafgefangene, die bei einer Tätigkeit einen Unfall erleiden, bei deren Ausübung freie Arbeiter gegen Vertriebsunfälle versichert sind, für die Folgen solcher Unfälle zu entschädigen. Den Gefangenen gleichgestellt sind dabei Personen, die in öffentlichen Besserungsanstalten, Arbeitshäusern und ähnlichen Zwangsanstalten untergebracht sind, ebenso die zur Fort- oder Gemeindegewinnung oder zu sonstigen Arbeiten auf Grund gesetzlicher oder polizeilicher Bestimmung zwangsweise angehaltenen Personen. Solche Rentenempfänger wurden durch die Bekanntmachung vom 17. Januar 1918, durch die Unfallrenten, die eine Rente von mindestens 80% Proz. erhalten, ein Unfallzuschuß von 3 M. monatlich zugesprochen wurde, nicht erfasst. Jetzt hat der Bundesrat, datiert vom 3. Oktober 1918, eine Bekanntmachung herausgegeben, durch die auch ihnen das Recht auf den Bezug des Unfallzuschusses von 3 M. monatlich eingeräumt wird. Voraussetzung ist auch hier der Bezug einer Rente von 80% Proz. und Aufenthalt im Inlande und Beschäftigung.

Der Antrag ist an die Ausführungsbehörde zu richten, die die Rente festgesetzt hat. Der Zuschuß wird vom 1. Oktober 1918 ab gezahlt.

Eingegangene Druckschriften.

Die aufgeführten Bücher können durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, E. M. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. (Die Angabe der Bücher gilt jedoch nicht als Empfehlung.)
 Wissenschaftliche Beihfte zur deutschen Alpenforschung, Einzelpreis 80 Pf. Verlag Fischer u. Co., Leipzig, Teplitz, 23/1.
 Vierdes Jahresjahr (1918). Mitteilungen des geschichtsforschenden Ausschusses an die Mitglieder. Deutscher Reichsverband für soziale und kulturelle Unabhängigkeit (E. V.), Berlin W 57, Olowstr. 39, III. Preis 50 Pf.
 Wie baut man für's halbe Geld? Von Kurt Adler. 150 Pf. Heimats-Berlag G. m. b. H., Wiesbaden.
 „Jael“, Drama in einem Aufzuge von R. H. Erdal. Rusli von Rag Henning. 2 M. — „Hobanaka“, Große Oper in 3 Akten von Oskar Nordenskiöld. Rusli von Rag Henning. 2,40 M. Beide im Weltens-Berlag (Kustverlag), Berlin-Westend.

Verantwortlich für Politik: Erich Kauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schott, Kauter; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin; Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Buchverlag-Papierdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3, District 1 Verlag und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater
 7½ Uhr: **Clavigo.**
Kammerspiele
 7 Uhr: **Rosmersholm.**
 Kleines Schauspielhaus
 Fasanenstraße 1, Portal 5.
 7½ Uhr: **Frühlings Erwachen.**
Volkshöhle
 Theater am Bülowplatz.
 Direktion Friedrich Kayßer.
 7½ Uhr: **Naß für Naß.**
 Dir. C. Reinhardt — R. Bernauer.
Theater Königgrätzer Str.
 7 Uhr: **Rosmersholm.**
Komödienhaus
 ½ 5 U.: Die tanzende Nymphe.
Berliner Theater
 7½ U.: **Blitzblaues Blut.**
Casino-Theater.
 Lotzinger Str. 7. Tägl. ½ 5 U.:
 Ein großer Theatererfolg
 der Berliner Vollen-Schlager
Man lacht mal wieder!
 Barber das neue Oktober-Programm.
 Wieland, Mikrotat Sumor!
 Sonnt. 2½ U.: Ein Heißes Kaka.
Trionon-Theater
 Bhl. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301
 Heute 8 Uhr:
Der gute Ruf
 von Hermann Sudermann.
 Ida West, Bruno Kastner,
 Dehner, Fick, Schöndorf, Klein.
 Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:
Der gute Ruf.
 Mittw. 7½ U.: Hüssel und Grotel.
 Donnerstag 7½ U.: **Reißwittchen.**
 Freitag 7½ U.: **Schnewisches.**
 Sonnab. 7½ U.: Hüssel u. Grotel.

National-Theater.
 ½ 8 Cöpenicker Str. 68. 7½ 8
Der große Operettenerfolg!
Prinzenliebe.
 Sonnt. 2½ U.: Studententreiben.
 Vorverk. 10—2 u. ab 6 Uhr.
Theater der Friedrichstadt.
 Ecke Friedrich- u. Linienstr.
 7½ Uhr. Tägl.: Nord. 8650.
Kaiserplatz 3, 1 Tr.
 Ein lust. Stück u. Musik v. Laubs
 u. Möllendorff. Geogr. L. Heilm
 Sonnab. u. Mitw. 7½ U.: Hanel
 und Grotel im Zauberwald
 Sonntag 3½ U.: Goldene Spiegel.
WINTERGARTEN
Trude Hesterberg
Inge Laury
Tegernseer Bauerntheater
Die Honenköpfe
 sowie der
neue
Oktober-Spielplan!
Theater am Kotzauer Tor.
 Kottbuserstr. 61. F. Wagner
 Täglich 7½ Uhr:
 Die Große Varietè-Schau.
 Dekorationentw. Heiner.
 Zille. — Anna Müller Lincke.
 Vorverk. 10½—1½ u. ab
 5 U. sowie bei Wertheim.

Theater für Dienstag, 15. Oktober.
Central-Theater
 7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**
Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: **Rigoletto.**
Friedrich-Wilhelmstheater
 7½ Uhr: **Hannertl.**
Kleines Theater
 8 Uhr: **Alt-Nürnberg.**
Komische Oper
 7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Lustspielhaus
 7½ Uhr: **Die spanische Fliege.**
Metropol-Theater
 7 U.: **Die Faschingsfee**
 10: **Neues Operettenhaus**
 7½ Uhr: **Das süße Madel.**
Apollo
 Friedrichstr. 218
 Dir.: James Klein.
 7½, Sonnt. 3½ u. 7½
Die Welt geht unter!
 Große Varietè-Ausstattungs-schau in vielen Bildern mit
Senta Söneland
Ernst Lubitsch
 usw.
 Sonnt. 3½ Uhr jeder
 Erwachs. 1 Kind frei!

Palast-Theater
 7½ Uhr: **Der Stralauer Fischzug.**
 Sonnab. u. Sonnt. 3½ Uhr:
 Philatos. Der zerbrochene Krug.
Residenz-Theater
 7½ Uhr: **Hotel Stadt Lemberg.**
Schiller-Th. Charl.
 7½ Uhr:
Hans Sonnenstübers Höllenfahrt
Thalia-Theater
 7½ Uhr: **Unter d. billigend. Linde.**
Theater am Nollendorfsplatz
 7 Uhr:
Sei alle Opfer!
Theater des Westens
 7½ Uhr: **Die Instige Witwe**
 mit Guido Thielscher.
Wallner-Theater
 7½ Uhr: **Grat Habenichts.**
4 Uhr nachmittags
Treff
Café Branne
 Alexanderstraße 55
Militär-Konzert
 Gef.-Bat. Inf.-Regt. 203
 Musikleiter:
Arnold Ebel.
 Borzugl. Gedächtnis-Tor
 Hoffendörfer Jüdisch.

Rose-Theater.
 7½ Uhr: Gastsp. d. Friedr.-
 Wilhelmstadt-Theaters:
Das Dreimäderlhaus.
Walhalla-Theater.
 7½ Uhr:
Donauliebchen.
Reichshallen-Theater.
 Abends 7½ Uhr und
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
 Nachmittags ermäß. Preise!
 Klindworth-Scharwerkasal. Morg. Mittw. 16. Okt. 8 U.:
Helterer Abend
Aenderly Lebius
 „Märchen u. allerlei trübliche Geschichten“
 Kart. 4, 3, 2 M. Botz & Bock, Kaufh. d. Westens, Abkass. 7

Kükük
 Lichtspiele
 Große Frankfurter Str. 28.
 n. d. Andreasstraße.
 Bis Donnerstag, 17.10.
Die Rothenburger
 nach d. Roman von
 Adolf Wilbrandt mit
Friedr. Zelnik,
Lya Hara.
 Uaw
 Wechstags 5 Uhr.
 Sonntags 3 Uhr.
Tautenzien-Palast.
 Täglich
Doppelkonzert
 der Ers.-Kapelle des 2. Garde-Reg. z. F.,
 unter persönlicher Leitung d. Obermusikmeisters
Max Graf
 sowie der Kapelle
Arnold Fischberg
 Eigene Kammerorchester
 Beginn 8½ Uhr.

Busch
 Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½,
 der Mann mit den
 eisernen Rippen.
Kopfkaffee Rangeli.
Peppos lustige Affen-
 und Hunde-Dressuren
 sowie das Uhr-Programm.
 Zum Schluß:
Oberon
 Phantast. **Wasser-Pantomime**
 in 5 Akten.
 Besond. hervorzuheben:
 Die Sturzwall, Tanz der
 Elfen auf den Wasserrosen.
Admiralpalast.
Die Prinzessin von Tragant.
 Wer ist die Schönste?
 Najdan.
 7½ Uhr.
Bevor Sie Pelzsachen kaufen,
 besuchen Sie, bitte den
Pelzwarenverkauf
 Hackescher Hof,
 Rosenthaler Str. 40/41.
Strong reelle Bedienung. Günstige
 Gelegenheitskäufe.